

Ercheint wöchentlich Freitags.
 Zu beziehen nur durch die Post
 zum Preise von 1,20 M., fürs
 Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
 Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Inserate kosten 30 Pfennig pro
 3gepaltene Zeile.
 Bei Wiederholungen entsprechen-
 der Rabatt.

Nr. 37 .: 27. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin 50. 16, Brüden-
 straße 106 .: Telefon: Amt Morchplatz, 2120

Berlin, den 12. September 1913

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Die
 Leistungsfähigkeit des Sattler- und Portefeuille-Verbandes
 im Lichte der Gewerkschaftsstatistik. — Die deutschen Ge-
 werkschaften im Jahre 1912. — Der Generalstreik der Char-
 listenbewegung in England. I. — Die Bedeutung der
 Krankenanstalten für die Arbeiterinnen. — Der Gau
 Hamburg im Jahre 1912. — Verband der Hausarztvereine.
 — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf.
 — Korrespondenzen. — Mundschau. — Befamtnachung
 des Zentralvorstandes. — Sterbetafel. — Versammlungs-
 kalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 14. bis 20. September
 ist der 38. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
 als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
 Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
 der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigenen
 Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in an-
 deren Städten sich zuvor bei der dortigen Orts-
 verwaltung zu erkundigen.

Apothda. Die Apollowerke sind für Sattler
 gesperrt.

Berlin. Die Linoleumleger und die
 Offiziersattler befinden sich im Streik.

Brandenburg. In den Brennabor-Werken
 sind die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen
 ausgesperrt.

Braunschweig. In der Sportartikel-
 fabrik Dollfs u. Helle sind sämtliche Kollegen
 in den Streik getreten. Zugang ist fernzuhalten.

Bremen. In den Bremer Karosseriewerken
 haben die Sattler die Arbeit eingestellt. Zugang
 fernhalten.

Ermsleben. Die Firma Rose ist wegen
 Nichtanerkennung der Tarifshue gesperrt.

Gera, R. Sämtliche Arbeiter der Ka-
 rosseriefabrik Peter Sack stehen seit dem
 20. Juni im Streik.

Ausland.

Brüssel. Hier stehen die Wagen- und
 Autosattler im Streik. Zugang fernhalten.

Die Leistungsfähigkeit des Sattler- und Portefeuille-Verbandes im Lichte der Gewerkschaftsstatistik.

I.

An anderer Stelle der heutigen Auflage be-
 ginnen wir mit der auszugswweisen Wiedergabe
 der alljährlich von der Generalkommission der
 Gewerkschaften Deutschlands aufgenommenen
 Statistik über den Stand der deutschen Gewerkschafts-
 bewegung. Wir können unseren Mitglie-
 dern ein eingehendes Studium dieser Veröffent-
 lichung nur dringend empfehlen, werden sie
 doch daraus die Lehre ziehen, daß die freien
 Gewerkschaften absolut wie relativ die größte
 Werbefähigkeit besitzen, gegenüber den unter
 zentralischer, nationaler oder gelber Plaque
 leghenden Gewerkschaftsrichtungen.

Die Berufsgenossen haben nun ein erhöhtes
 Interesse daran, zu erfahren, ob ihre eigene Or-
 ganisation bei dem allgemeinen Aufstieg gleichen
 Schritt mit den anderen Organisationen hält
 und in welcher Weise sie den gegnerischen Or-
 ganisationen überlegen ist. Ein Vergleich der
 48 freien Gewerkschaften ergibt, daß der Verband
 der Sattler und Portefeuille mit
 seiner durchschnittlichen Mitgliederzahl von
 14 166 an 27. Stelle steht. Die größte Gewerk-
 schaft ist die der Metallarbeiter mit 535 903, die
 kleinste die der Klographen mit 428 Mitgliedern.
 In 31 Verbänden sind insgesamt 216 462 Ar-
 beiterinnen organisiert. Hier steht der Textil-
 arbeiterverband mit 53 363 weiblichen Mitglie-
 dern an der Spitze, unser Verband nimmt mit
 1083 die 20. Stelle ein, wohingegen der Verband
 der Friseur mit 2 weiblichen Mitgliedern an
 letzter Stelle steht. Die meisten örtlichen Ver-
 waltungsstellen hat der Bauarbeiterverband,
 nämlich 1096, die wenigsten der Notenscheer-
 verband mit 3 und unser Verband mit seinen
 116 Mitarbeitern an 30. Stelle. Mit einer
 durchschnittlichen Beitragsleistung von 27,42 Mf.
 pro Jahr stehen wir an 22. Stelle. Die höchsten
 Beiträge, pro Kopf 63,51 Mf., brachten die
 Maler, die niedrigsten, pro Kopf 13,13 Mf., die
 Handlungsgehilfen auf. Ueber dem Durchschnitt
 und zwar schon an 20. Stelle stehen wir mit den
 Leistungen, pro Kopf 13,66 Mf., für Unter-
 stützungs-zwecke. Am meisten verausgabten hier
 die Lithographen (82,74 Mf.), am wenigsten die
 Handlungsgehilfen (1,02 Mf.). Bei den Aus-
 gaben für Bildungszwecke nimmt unser Verband
 gar schon mit seinen 209 Pfennigen pro Kopf
 und Jahr die 7. Stelle ein, während die Bild-
 hauer mit 411 Pf. an der Spitze, die Holz-
 arbeiter mit 63 Pf. an letzter Stelle stehen. Für
 Agitation, Arbeitsnachweis, Generalversamm-
 lungen usw. verausgabten wir pro Kopf 3,86
 Mark. 22 Gewerkschaften werfen dafür höhere
 Beträge aus und zwar die Schmiede 12,29 Mf.
 an erster, die Buchdrucker 1,50 Mf. an letzter
 Stelle. Für persönliche Verwaltungskosten ver-
 ausgabten 34 Verbände mehr als wir, für säch-
 liche aber nur 15. Bei den Ausgaben für die
 Gaue und Ortsverwaltungen steht unser Ver-
 band an 25., bei den Ausgaben insgesamt an
 23. Stelle. Im einzelnen gestaltete sich die
 Profkopfausgabe unseres Verbandes:

	zahlen Verbände	Unser Verband pro Kopf Pf.	steht somit an
Meißeunterstützung	85	89	15. Stelle
Umzugsunterstützung	34	19	18. "
Arbeitslosenunterstützung	43	969	16. "
Krankenunterstützung	44	408	18. "
Verdigungsbeihilfen	43	46	17. "
Pflichtunterstützung	48	19	19. "
Streikunterstützung	42	416	17. "
Gemäßigtestenunter- stützung	42	23	19. "
Agitation	46	183	14. "
Verbandsorgan hatten	47	179	11. "

Diese kleine Tabelle zeigt uns, daß unser
 Verband in seinen finanziellen Leistungen für
 die Mitglieder stets über dem Durchschnitt der
 freien Gewerkschaften steht.

II.

Zum zweiten Male bringen wir den leder-
 verarbeitenden Berufsgenossen Deutschlands den
 Nachweis, daß die für sie in Betracht kommenden
 drei freien Gewerkschaften, Schuhmacher-, Leder-
 arbeiter- und Sattler- u. Portefeuilleverband,
 den christlichen und Girsch-Dunderschen Verbän-
 den bei weitem überlegen sind.

Die fünf Organisationen zählten insgesamt
 86 547 Mitglieder, gegenüber 84 584 am Schlusse
 des Jahres 1911. Gemessen an der Zunahme
 vom Jahre 1911, 5212 Mitglieder, ist das Er-
 gebnis vom Jahre 1912, 1963 Mitglieder, sehr
 wenig zufriedenstellend. Wohl mag der schlechten
 Konjunktur ein Teil der Schuld beigemessen
 werden, aber im allgemeinen wäre es vorteil-
 hafter, wenn die Agitation und Werbearbeit der
 Kollegen untereinander mehr gepflogen wird.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl der ein-
 zelnen Verbände stellte sich wie folgt:

	1912 ins- gesamt	dabon weibl.	1911 ins- gesamt	Zunahme 1912 1911
Verb. der Schuhmacher	48 227	8 909	45 341	896
" " Lederarbeiter	15 248	1 268	15 280	41
" " Sattler und Portefeuille	14 166	1 083	13 540	672
Freie Gewerkschaften	75 641	11 291	74 170	1 479
Christl. Lederarb.-Verb.	5 746	541	5 884	862
G.-D. Gewerbeverein	5 150	440	5 030	120
Alle fünf Organisationen	86 547	12 242	84 584	1 963

Das Prozentverhältnis des einzelnen Ver-
 bandes zu der Zahl der Organisationen der für
 die lederverarbeitenden Berufsgenossen ist fast
 das gleiche geblieben:

	1912 Proz.	1911 Proz.	Prog.
Verband der Schuhmacher	58,49	59,70	- 0,21
" " Lederarbeiter	17,65	18,00	- 0,35
" " Sattler u. Portef.	16,39	15,95	+ 44
Christl. Lederarbeiterverband	6,63	6,95	+ 18
G.-D. Gewerbeverein	5,97	6,00	- 0,03

Den 87,50 Proz. Freigewerkschaftlern stehen
 12,50 Proz. Andersorganisierte gegenüber, 1911
 waren es 87,65 Proz. bzw. 12,35 Proz.

Da eine Einheitslichkeit der Buchführung in
 den verschiedenen Organisationen nicht besteht,
 ist ein Vergleich der Finanzgebarung im ein-
 zelnen fast unmöglich. Während bei den freien
 und christlichen Organisationen die Kranken-
 unterstützung für die Mitglieder eine Verbands-
 einrichtung ist, haben die Girsch-Dunderschen
 eine besonders verwaltete Krankenkasse, für die
 auch besondere Beiträge erhoben werden, Ein-
 nahmen und Ausgaben sind aber in den Gesamt-
 summen der Gewerbevereine aufgeführt. Dem-
 zufolge kann der vorhandene Vermögensstand
 wie auch die Beitragsleistung für Gewerkschafts-
 zwecke nicht ganz in Anrechnung gebracht wer-
 den. Die Krankenunterstützungseinrichtung in
 den Girsch-Dunderschen Gewerbevereinen ist ein
 Ertrag für die freien Hilfskassen, demzufolge

auch hier die Summe für Krankenunterstützung ziemlich hoch erweist. Es veranschaulicht im Jahre 1912:

Table with 4 columns: Category, 1912 (insgesamt, Kopf), 1911 (insgesamt, Kopf). Rows include Verband der Schuhmacher, Lederarbeiter, Sattler u. Portef., Christl. Arbeiterverb., Gewerkschaften.

Der Rückgang der Beitragsleistung bei den Lederarbeitern resultiert dabei, daß im letzten Berichtsjahre der außerordentliche Extrabeitrag in der Höhe von 6 Mk. zur Deckung der Streifenkosten in Gieshörn und Mischhörn von dem weitaus größten Teile der Mitglieder schon im Jahre 1911 geleistet worden ist.

Die Schuhfabrikation hatte einen außerordentlich schlechten Geschäftsgang zu verzeichnen, während das Plus von 1,35 Mk. pro Kopf im unierem Verbande der in Münden beschlossenen Beitragserhöhung zu danken ist. Doch dem steht eine Mehrausgabe von 1,63 Mk. pro Kopf gegenüber.

Es verausgabten insgesamt:

Summary table for Krankheitsunterstützung costs, comparing 1912 and 1911 totals and per capita costs for various groups.

Nur Streif- und Gemahregelkostenunterstützung verausgabten:

Summary table for Streif- und Gemahregelkostenunterstützung, comparing 1912 and 1911 totals and per capita costs.

Diese Gegenüberstellung beweist am besten, wie wenig der Hirsch-Dunderische Gewerkschaft die Bezeichnung Kampfesorganisation verdient. Sie geht ganz in ihren Leistungen für Krankenunterstützung auf und kümmert sich so wenig wie möglich um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder.

An Arbeitslosen- und Meidunterstützung gelangte zur Auszahlung:

Summary table for Arbeitslosen- und Meidunterstützung, comparing 1912 and 1911 totals and per capita costs.

Nur das Verbandsorgan verausgabten:

Summary table for Verbandsorgan costs, comparing 1912 and 1911 totals and per capita costs.

Diese Zahlen erweisen mit Ausnahme bei dem Hirsch-Dunderischen Gewerkschaft eine Verbilligung des Verbandsorgans gegenüber dem Vorjahre, was den vergrößerten Aufwänden zuzuschreiben ist. Nur unser Verband gibt alle vier Wochen eine fachtechnische Beilage heraus, was dazu beiträgt, daß die Kosten hierfür pro Mitglied mit 1,79 Mk. gegen 1,83 Mk. im Vorjahre die höchsten sind.

Die Agitationskosten belaufen sich im

Summary table for Agitationskosten, comparing 1912 and 1911 totals and per capita costs.

Wenn Vergleich dieser Zahlen wird sofort die Schwankung beim Verband der Schuhmacher augenfällig. Während hier im Jahre 1911 nur 2 Pf. auf das Mitglied kommen, sind es im Jahre 1912 schon 55 Pf. Immerhin eine noch geringe Summe gegenüber den anderen freien Verbänden. Geradezu hoch erweisen die Agitationskosten im christlichen Verbände mit 3,21 Mk. gegenüber 3,66 Mk. im Jahre 1911. Gehen wir

aber den Dingen nach, so finden wir, daß die Bindungen in den einzelnen Organisationen verschieden sind. Einige rechnen die Gehälter der Gauleitungen in diese Rubrik, während andere die unter persönliche Verwaltungskosten einstellen. Auch die Ausgaben für Broschüren, Flugblätter usw. werden teilweise unter dem Sammelnamen Drucksachen gebucht. Es erweist daher zweckmäßig, die Ausgaben für Agitation, Generalversammlungen, Kongresse, persönliche und sächliche Verwaltung der Haupt-, Gau- und Lokalkassen zusammenzufassen und gegenüberzustellen. Danach ergibt sich folgendes Bild:

Table comparing 1912 and 1911 expenditures for Agitation, General Meetings, and Administration across different groups.

Die Steigerung von 7,46 Mk. auf 8,48 Mk. in unserem Verbände ist in der Hauptsache durch die Kosten der Mündener Generalversammlung und Vornahme der dadurch notwendig gewordenen Neuberstellung von Verwaltungsmaterial, Protokollen, Statuten, Marken usw. verurteilt.

In immer steigendem Maße macht sich bei allen Gewerkschaften die größere Quantität der Krankenunterstützung und der Beihilfe in Sterbefällen bemerkbar. Wir gehen nicht fehl, wenn wir behaupten, hier haben die Gewerkschaften die Kosten der intensiven Ausnützung menschlicher Arbeitskraft zu decken und die Opfer der ganzen wirtschaftlichen Misere zu tragen. Denn je mehr der Beschäftigungsgrad auf eine kurze Spanne Zeit zusammengeknüpft wird, desto schwerer wird es den Arbeitern, während der Arbeitslosigkeit sich über Wasser zu halten. Sie werden wegen der Unterernährung geradezu für Krankheiten und frühen Tod disponiert. Sie zahlen also den Brotwiderstand nicht nur mit indirekten Steuern, sondern auch noch mit ihrer Gesundheit und ihrem Leben. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, werden die Unterstützungsrichtlinien in den Gewerkschaften immer mehr und mehr zu einer dringenden Notwendigkeit. Sie gelten nicht mehr für bloße Werbemittel, sondern haben die Aufgabe, Not und Elend in Arbeiterfamilien zu lindern, ohne daß ihnen irgendwelche politischen Rechte genommen oder sie zur Scheidung gezwungen werden. Es verlohnt sich daher, auch hier über die Leistungsfähigkeit der fünf Gewerkschaften ein anschauliches Bild zu geben. Betonen möchten wir nochmals, daß bei den Hirsch-Dunderischen für die Krankenunterstützung besondere Beiträge zu entrichten sind.

Es verausgabten im Jahre 1912 für

Table showing 1912 expenditures for Krankheitsunterstützung, Arbeitslosigkeit, and Meidunterstützung across groups.

Im Jahre 1911 stellten sich die Ausgaben im

Table showing 1911 expenditures for Krankheitsunterstützung, Arbeitslosigkeit, and Meidunterstützung across groups.

Wenn alle in Sattlerreien, Wagenfabriken, in der Portefeuilles-, Lederwaren-, Treibriemen-, Feischenbranche und verwandten Berufen beschäftigten Kollegen sich der geringen Mühe befehligen und einen Vergleich der Leistungs-fähigkeit der einzelnen Organisationsrichtung ziehen, so wird es ihnen nicht schwer fallen, sich zu entscheiden, wohin sie sich zu wenden haben, wenn sie ihre Interessen im Arbeitsverhältnis respektvoll vertreten wissen möchten. Noch viel augenscheinlicher würde die Leistungsfähigkeit des Sattler- und Portefeuillesverbandes für die eben benannten Berufsgruppen hervor treten, würden die Hirsch- und Christlichen eine Berufsgliederung ihrer Mitglieder veröffentlichen. Sie haben aber wohl alle Veranlassung, das nicht zu tun, wollen sie doch ihre Einflusslosigkeit

auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Sattler- und Portefeuillesgewerbe nicht auf den Markt tragen.

Bei der großen Zahl unorganisirter Berufsgenossen wird hauptsächlich dieser Artikel die Agitationsarbeit unserer Mitglieder fördernd unterstützen. Entsetze sich niemand dieser heiligen Pflicht und betrachte es als seine vornehmste Aufgabe, die noch Indifferenten für unsern Verband zu gewinnen.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

Das Wirtschaftsjahr 1912 trug kein einheitliches Gepräge, sondern wies die widersprechendsten Züge auf. Im Vergleiche mit der Maschinen- und Metallindustrie, sowie in der Chemischen Industrie herrschte noch volle Hochkonjunktur, in der Textil-, Erd- und Stein- und Holzindustrie zeigten sich bereits die Einflüsse des Niederganges, der im Baugewerbe in vollem Maße empfunden wurde. Die Beschäftigtenziffern waren im allgemeinen größer als im Jahre 1911, aber auch die Arbeitslosigkeit war größer geworden; sie stand in 8 Monaten des Berichtsjahres über dem Stand der gleichen Monate des Vorjahres und im Jahresdurchschnitt auf 12,4 Arbeitsuchende (1911: 12,1; pro 100 offene Stellen).

Unter diesen Einflüssen hatte auch die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu leiden. Neben Verbänden mit erheblicher Mitgliederzunahme finden wir in anderen Verbänden schon Mitgliederverluste, und das letzte Quartal 1912 brachte sogar einen Rückgang der Gesamtziffer.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände zählten im Jahresdurchschnitt 1912: 2.530.390 Mitglieder (gegen 2.320.986 im Vorjahre). Die Zunahme beträgt 9,02 Prozent (1911: 15,05 Prozent). In diesen Zahlen sind die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter nicht eingeschlossen, die 1912 zusammen 22.772 Mitglieder zählten. Rechnet man diese hinzu, so müßten die freien Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt 1912 insgesamt 2.553.162 Mitglieder.

Die Ziffern stellen sich am Schlusse des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten die Gewerkschaften 2.559.781 Mitglieder (gegen 2.400.018 Ende 1911). Die Zunahme betrug hier aber nur 15,976 oder 6,44 Proz. Die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter zählten Ende 1912: 23.714 Mitglieder, so daß die Gesamtziffer aller freien Gewerkschaften 2.583.495 betrug. Den Höchststand erreichten die Gewerkschaften im 3. Quartal mit 2.572.624 Mitgliedern (ohne Hausangestellte und Landarbeiter), wogegen das 4. Quartal schon wieder einen Rückgang von nahezu 13.000 Mitgliedern brachte.

Die Mitgliederentwicklung der gewerkschaftlichen Zentralverbände seit Beginn der Gewerkschaftstätigkeit läßt sich an den folgenden Zahlen leicht verfolgen. Es betragen im Jahresdurchschnitt die Mitgliederzahlen und Zunahmen:

Table showing membership numbers and growth rates from 1891 to 1912 for various groups.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl geordnet, hatten im Durchschnitt des Jahres 1912 Mitglieder: Metallarbeiter 535.903, Banarbeiter 345.526, Transportarbeiter 215.948, Fabrikarbeiter 140.217, Bergarbeiter 117.875, Buchdrucker 66.673, Zimmerer 61.872, Maler 51.621, Gemeindearbeiter 50.053, Brauerei- und Mühlenarbeiter 49.834, Schneider 49.533, Schuhmacher 46.227, Tabakarbeiter 36.260, Buchbinder 32.374, Steinarbeiter 29.410, Wälder und Konditoren 28.525, Metalleisen 25.761, Glasarbeiter 19.061, Handlungsgeschäften 17.485, Lithographen 16.760, Porzellanarbeiter 16.575, Gasrohrgeschäften 16.183, Buchdruckerhilfsarbeiter 15.751, Lederarbeiter 15.248, Sattler und Portefeuilles 14.166, Schmiede 12.874, Töpfer 12.057, Steinbeher 10.989, Gutmacher 10.551, Tapetezierer 10.434, Dachdecker 8636, Böttcher 8518, Bureauangestellte 7253, Gärtner 6950, Fleischer 6172, Kupfergeschmiede 5234, Glaser 4670, Kürschner 3810, Bildhauer 3777, Schiffszimmerer 3685, Vagabunden 2935, Friseur 2532, Zigarettenarbeiter 2008, Zigarrenportierer 1565, Apfelpflanz 1248, Blumenarbeiter 1168, Kaminarbeiter 445, Krieger 428. Die Landarbeiter zählten im

Jahresdurchschnitt 17 023, die Hausangehörigen 5719 Mitglieder.

Nach Industriegruppen geordnet, zählten am Jahreschlusse 1912 die Gewerkschaften im Verein...

Die Organisation der gewerkschaftlichen Frauen und Frauenvereine bewegt sich ebenfalls in ständig aufsteigender Richtung.

Table with 4 columns: Jahr, gesamte Mitglieder, weibliche Mitglieder, in Proz.

Anfänglich der unangehenden Schwierigkeiten, mit denen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu rechnen hat, ist dieser wachsende Erfolg...

In den einzelnen Verbänden wurden an weiblichen Mitgliedern gezählt:

- Textilarbeiter 53 363, Metallarbeiter 26 848, Fabrikarbeiter 25 146, Tabakarbeiter 17 918, Buchbinder 15 970, Handlungsgehilfen 10 810, Schneider 10 486, Schuhmacher 8903, Buchdruckhilfsarbeiter 8750, Transportarbeiter 7734, Holzarbeiter 6884, Schuhmacher 4980, Bäcker und Konditoren 4574, Porzellanarbeiter 3329, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1435, Gemeindearbeiter 1371, Lederarbeiter 1269, Kürschner 1221, Gastwirtsgehilfen 1157, Sattler und Portefeuller 1083, Glasarbeiter 1000, Blumenarbeiter 648, Zigarrenfortierer 481, Bureauangestellte 264, Fleischer 252, Steinarbeiter 195, Lagerhalter 183, Tapezierer 150, Maler 44, Gärtner 27, Friseur 2.

Der Generalstreik der Chartistenbewegung in England.

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat die englische Arbeiterbewegung eine außerordentlich interessante Entwicklung durchgemacht, die ein riesiges Anwachsen der Anhängerzahl und auch eine Kraftentfaltung in der Arbeiterbewegung zeigt...

Genosse W. Beer, der lange Zeit in England lebte, hat sich der sehr verdienstvollen Aufgabe unterzogen, in seinem Werk „Geschichte des Sozialismus in England“ eine eingehende, mit vielem wichtigen

Material ausgeführte Schilderung dieser so wichtigen Epoche der Arbeiterbewegung in England zu geben, wie es bisher wohl für deutsche Leser nicht gegeben wurde.

Die Chartistenbewegung hat ihre Bezeichnung nach einem Programm „Charta“, das in kurz zusammengefügter Form die politischen Forderungen der Arbeiterklasse, insbesondere Gleichberechtigung in der parlamentarischen Vertretung forderte.

Bei dem Verlaufe des politischen Erfolges für die Arbeiterklasse bei den Wahlen trat nun eine tiefe Erbitterung und Enttäuschung ein, in der die Stimmung gegen die politische Aktion viel Anfangsgewinn und schließlich auch als Kampfmittel für die Arbeiterklasse bei den Generalwahlen eine große Rolle spielte.

Das schlimmste Produkt der Unwissenheit besteht in der Annahme, daß andere Leute das für uns tun würden, was wir selber für uns tun müßten. Es ist reiner Wahnsinn, wenn Arbeiter von ihren Herren verlangen, die Rolle der Befreier zu übernehmen.

Die Arbeiter müssen sich selber befreien. Und wenn die Arbeiter dies begehren, so werden sie kämpfen. Von Wat Tyler bis Dillismood gingen die Vorzeichen aus dem Volke hervor.

Wie aber kann das Volk zu diesem Wissen und zu einseitiger Aktion gelangen?

Durch die Proklamierung eines Ruhemonats; durch die Niederlegung der Arbeit. Man sagt uns, wir seien an Überproduktion. Gut. Hören wir auf zu produzieren. Die Herren werden sodann bald erfahren, daß Fülle von Gütern kein Hebel ist. Man sagt uns, wir leiden an Ueberbevölkerung. Gut. Füllen wir uns; erfahren wir, wie stark die Arbeiterarmee und wie gering die bevorrechtete Minderheit ist.

Ehe der Feiertagsmonat ausgerufen wird, müssen Vorbereitungen hierzu getroffen werden. Jede Leidenschaft für die Massen über Zweck und Bedeutung des Feiertagsmonats und des Kongresses auflöst.

Jede Arbeiterfamilie soll sich mit Lebensmitteln auf eine Woche versehen, auf länger ist nicht nötig. Ist die Arbeiterklasse nur eine einzige Woche einig und zielbewußt, so wird sich dann schon alles finden. Neben den Befürwortern des Streiks, der schließlich im letzten Ergebnis zur Anwendung von Gewaltmitteln führen sollte, gab es auch Anhänger einer sanfteren Form. So erklärte 1838 ein Glasgower Arbeitermeeting:

„Nicht eine Inzurrektion wird es sein, sondern ein passiver Widerstand; die Arbeiter werden ihre Ruhe genießen; es gibt kein Gesetz und es kann keines geben, das sie zwingen könnte, gegen ihren Willen in die Fabriken zu gehen. Sie können Spaziergänge machen, auf der Straße oder in den Feldern; sie werden sich nicht in gedrängten Massen den Flinten und Säbeln als Opfer darbieten und zur Verlesung der Aufruchter wird es nicht kommen. Passivität wird genügen; eine arbeitslose Woche oder ein arbeitsloser Monat wird eine gute Lehre sein; die Wehsel werden nicht honoriert werden, das Geschäftswesen wird stoden, die Londoner „Gazette“ wird lange Listen von Bankrotten bringen, die Staatsentnahmen werden ausbleiben, die ganze Regierungsmaschine wird in Konfusion geraten und Gleich um Stille der Rechte, die die Gesellschaft zusammenhält, wird sich auflösen durch das passive Verhalten der Armen gegen die Reichen.“

Indes, es blieb zunächst bei Erörterungen in Versammlungen, in denen, auch besonders in London, wo die Gewerkschaften bereits auf eine gewisse Höhe gelangt waren, viel Widerspruch gegen die Taktik

geltend gemacht wurde. Es kam zu keinen Geplänkeln, die kraftlos verliefen und mit einer außerordentlichen Härte wurden die Arrangements des Streiks bestraft.

Wohl Bedeutung erlangte die Frage des allgemeinen Streiks, als die Chartistenbewegung auf der Höhe ihrer Entwicklung angelangt war, ohne doch zur Erlangung des gesteckten Ziels zu kommen.

Die Streitigkeiten über die Taktik in der Arbeiterbewegung schildert Beer wie folgt:

„In der Frage des Endzweckes gab es drei Richtungen: eine war wenigstens bis zum Jahre 1845, bis zum Zusammenbruch der letzten übernatürlichen Kolonie... kommunistisch und parlamentarisch; sie strebte nach der politischen Macht, um Großbritannien in eine bestimmte Zahl von kommunistischen Kolonien zu verwandeln, wobei vor allem die Veranschaulichung des Grund und Bodens in Betracht kam. Diese Richtung herrschte bei den Proletariatsmassen Nord-Englands vor. Die zweite war zwar in ihren sozialistischen Voraussetzungen ungenügend, aber sie strebte nach der politischen Macht, um mit ihrer Hilfe freie Bahn zu schaffen für Sozialpolitik, Gewerkschaftswesen, politische Organisation, Bildung und Aufklärung der Arbeitermassen, um diese zu befähigen, das Land im sozialistischen Sinne umzugestalten. Um diese Gedanken scharte sich die Arbeiterintelligenz Londons und Schottlands, die höchstwahrscheinlich nicht mehr als 10 Proz. des britischen Proletariats bildete. Die dritte Richtung war eine gewerkschaftliche, die die naturrechtliche Theorie verfolgte, daß dem Arbeiter der volle Ertrag seines Schaffens gebührt, und in der Praxis die Forderung stellte: einen vollständigen Lohn für einen anständigen Arbeitstag. Zu einer klaren Scheidung dieser Richtungen ist es nie gekommen. Ausgenommen in den Jahren 1833 und 1834, in denen die ökonomische Aktion im individualistischen Sinne mit aller Schärfe hervortrat, waren die organisierten Arbeiter und die Chartisten der Ansicht, daß die Grundbedingung zur Befreiung aus der Lohnsklaverei in der Eroberung der politischen Macht liegt und daß deshalb alle Energien auf dieses Mittel zu konzentrieren sind. Der parlamentarische, demokratische Gedanke beherrschte die Bewegung so vollständig, daß er ihr den Namen gab. Die Bewegung erhielt den Namen Chartistismus von ihrem demokratischen Programm: dem Volkscharter, der im Jahre 1837 bis 1838 vom Londoner Arbeiterverein angeregt und vom Tischler William Lovett verfaßt wurde. Der Volkscharter war nichts weiter als ein kühner, klar geschriebener Gesetzentwurf, der folgende sechs Punkte in Form von Abschnitten und Paragraphen enthielt: 1. Allgemeines Wahlrecht, 2. gleiche Wahlkreis-einteilung, 3. Abschaffung des Zensus für Parlamentarierkandidaten, 4. einjährige Legislaturperiode, 5. geheime Abstimmung, 6. Diäten für Parlamentariermitglieder.“

Im Jahre 1839 wurde eine Petition für diese Volksrechte in Umlauf gesetzt, die im ganzen Lande eine große Zahl von Unterschriften erlangte. Gleichzeitig trat in London ein Volksparlament, an dem Delegierte aus den Hauptstädten der Bewegung teilnahmen, zusammen, in dem die Frage der Taktik aufs heftigste diskutiert wurde. Den besonnenen Einwänden, daß die Organisation der wichtigsten Faktor der Bewegung sein muß, setzte die Wochenschrift „London Democrat“ folgende anarchistische Phrasen entgegen:

„Organisation wird's nicht tun. Nicht die organisierten Massen werden den Sieg bringen. Nein, nein! Der Sieg hängt ab von den Taten jener freudlosen Wesen, die kein Heim haben, sich vor Unwettern zu schützen, keine Nahrung, um sich satt zu essen, keine Kleidung, um sich warm zu halten oder anständig auszukuchen, kein Mittel, um dem Leben einen Wert zu verleihen. Der Kampf wird ausgesetzt werden von denjenigen, die von den Gefesselten ausgespart wurden, die Schlacht wird ausgesetzt werden durch Briganden, wie man diese Menschen nennt.“

Das Volksparlament vertrat die, um nach Birmingham zu gehen und hier, angereichert von O'Connor, dem Führer der Bewegung, alle Einwände gegen den Generalstreik in den Wind zu schlagen. Der Konflikt war unvermeidlich, die Arbeiterklasse von Birmingham ging auf die Straße, die aber vom Militär behauptet wurde. Der militärische Gewalthaber, Papier, der im Geruch stand, mit den Chartisten zu sympathisieren, schrie im Hinblick auf die Beschlüsse des Volksparlamentes:

„Die Chartisten sagen, sie werden den heiligen Monat halten. Grenzwache Dummheit! Nichts werden sie halten. Die Arbeiter haben keine Mittel, um in die Kerker zu gehen. Sie werden plündern und zu Dumberten gehängt werden. Die Chartisten werden sich über diese Frage spalten oder, wenn sie das Feiern demagogisch versuchen, sind sie verloren. ... Sie reden von passiver Gewalt, Karren! Wir haben die physische Gewalt, nicht sie. Sie erzählen, sie haben 100 000 bewaffnete Männer. Aber wie sollen sie diese in Bewegung setzen, wenn ich zwischen ihren Versammlungen mit der Kavallerie herumtänze

*) Verlag J. S. W. Dieb Nachf. Stuttgart. Preis 0,50 Mk. Das Werk sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

und sie mit Manonengedrosen überschütte? Wo-
funden die 100.000 Mann mit ihren Riflen und alten
Münzen auszurufen gegen meine Gewanen, die heulend,
jengend und zerschneid wie feurige Plutbunde
umme ihnen wüten werden?"

Der Abschlus der Bewegung artete in eine wütende
Meuterei aus, die blutig unterdrückt wurde und zahl-
reiche Teilnehmer auf Jahre ins Gefängnis brachte.

Demnach, der Generallstreik wurde in London,
wobin das Volksparlament wieder übersiedelte,
weiter diskutiert.

Die Delegierten Keegan, Stevington und
Dr. Mcleider verhandelten, daß Burn, Loughborough,
Wolfeater, Worcester und Somerlet den Generallstreik
wünschten. James Taylor (Rochdale) opponierte:

"Anzichts der überragenden Wichtigkeit des
zur Diskussion stehenden Gegenstandes frage ich:
Was ist die Bedeutung der allgemeinen Ferien?
Sollen wir alle Arbeiten einstellen? Wenn ja, haben
wir Brot für einen ganzen Monat? Gebden? Ni
das Getreide für einen ganzen Monat gemahlen?
Ich betreite das. Die Arbeiter von Rochdale sagen
mir, es gibt keine Nahrungsmittel für zwei Wochen
in Süd-Lancashire. Die Maßregel, über die wir
debattieren, ist von so weittragender Bedeutung, daß
ein Mißerfolg unsere ganze Bewegung löslich würde.
Das Volk würde uns als Narren und Bösewichte be-
trachten. Wir müssen aber nicht nur die Ausführ-
barkeit dieser Maßregel in Erwägung ziehen, son-
dern auch die Folgen. Man sagt uns, der General-
streik bedeute eine unblutige Revolution. Diejenigen,
die uns das sagen, wissen es besser: sie wissen, daß er
zu Unruhen und Plündern führen muß. Aus
meinen Ausführungen darf indes nicht geschlossen
werden, daß ich absolut gegen den Generallstreik wäre.
Ich möchte nur im vorhinein wissen, ob der Schritt
wohl überlegt sei und was wir gewinnen, wenn er
erfolgreich ist, und was wir verlieren können, wenn
er mißlingt. Obgleich ich der Ansicht bin, daß ein
Generallstreik unausführbar und töricht ist, so bin ich
gern bereit, mich durch Gründe vom Gegenteil über-
zeugen zu lassen."

Burns, der zu der von Dr. Taylor vorbereiteten
Berisbarung gehörte, rief:

"Es hat keinen Zweck, jetzt Halt zu rufen. Was
wir auch nunmehr tun mögen, setzen wir uns Ge-
fahren aus. Der Zweck des Generallstreiks ist, den
herrschenden Klassen zu Gemüte zu führen, daß,
wenn wir die Arbeit niederlegen, die Regierung auch
das Staatsruder niederlegen muß und allen Profit-
machern die Profitquelle verstopft wird."

Diesem antwortete William Carpenter:

"Ne mehr ich von der Bedeutung des General-
streiks überzeugt werde, desto größer wird meine
Verlegenheit. Meine Kritik steht mich zwar der Ge-
fahr aus, furchtlos aber gar feige, wenn nicht noch
Schlimmeres genannt zu werden, aber ich glaube,
es gehört mehr Mut dazu, gegen den Generallstreik
zu sprechen, als ihn anzukündigen. Es ist besser, sich
Beschimpfungen auszuweihen, als sich blümlings von
der Strömung mitziehen zu lassen."

Die schärfere Tonart fand in den Massen sehr
viel Anklang und so fanden am 12. August große
Anzüge und Versammlungen statt, die in einigen
Ortschaften nur Tausenden endeten. Das schärfere
Zugreifen der Polizei und Behörde ließ indes eine
weitere Kräftigung nicht aufkommen. Das
Volksparlament löste sich schließlich selbst auf.

Die Bedeutung der Krankenkassen- wahlen für die Arbeiterinnen.

Wiederholt schon haben wir auch an dieser Stelle
auf die Bedeutung der Wahlen zu den Krankenkassen
aufmerksam gemacht und die Kolleginnen aufgefor-
dert, sich recht lebhaft daran zu beteiligen. In
diesem Jahre aber haben die Wahlen ganz besondere
Bedeutung. Deshalb ist es notwendig auch die Ar-
beiterinnen, die als Krankenkassenmitglieder zur
Wahl berechtigt sind, wieder zu veranlassen, nicht
absichts zu stehen, wenn es gilt, die Vertreter aus
den Reihen der Arbeitsgenossen und -genossinnen zu
wählen, die in den Ausschüssen und Vorständen der
Krankenkassen dafür zu wirken haben, daß die Vor-
teile der Krankenversicherung den Mitgliedern in
vollem Umfang zufließen werden.

Ueber die Aufgaben und Befugnisse der Ver-
treter in den Krankenkassen sind die versicherten
Mitglieder — namentlich die weiblichen — leider
bis zu wenig informiert. Sie wissen nicht, daß sie
darüber zu entscheiden haben, ob die Krankenkassen
nur die im Gesetz festgesetzten Mindestleistungen
oder mehr den Mitgliedern bieten. Ja selbst die Be-
fugnisse der Krankenkassen, ihre Abhängigkeit von den
gesetzlichen Bestimmungen, sind den Kassenmitglie-
dern nicht bekannt, sonst würde nicht allgemein die
Ansicht unter ihnen verbreitet sein, daß die Kranken-
kassen zu allen Zeiten u. a. B. der Tragung
der vollen Kosten für Krankenhausbehandlung, Lie-
ferung aller notwendigen Heilmittel und Medika-
mente und anderes, dann ohne weiteres ver-

pflichtet sind, wenn der Arzt die Verordnung ge-
troffen hat. Viel Ärger und manche Nothen könnten
den Kassenmitgliedern erspart bleiben und vieles
könnten sie sparen helfen, wenn sie über die Be-
stimmungen des Krankenversicherungsgesetzes aufge-
klärt wären und wissen würden, daß es von dem
Statut der Kasse abhängt, welche Leistungen bewil-
ligt werden können.

Das Statut aber wird vom Ausschus der Kasse
beschlossen, der zu zwei Dritteln aus gewählten Ver-
tretern der Kassenmitglieder und zu einem Drittel
aus Vertretern der Arbeitgeber besteht.

Zur Wahl dieser Vertreter berechtigt sind alle
Kassenmitglieder, wenn sie über 21 Jahre
alt und unehelich sind. Also auch die weiblichen
Kassenmitglieder können wählen und sich in den
Ausschus und Vorstand der Kasse wählen lassen. Sie
sollten auf dieses Recht nicht verzichten, weil sie erst
dadurch in die Lage versetzt werden, mitzubestimmen,
was die Mitglieder von den Kassen verlangen können.

Die Reichsversicherungsordnung, die vom 1. Ja-
nuar 1914 ab auch für die Krankenversicherung in
Kraft tritt, legt, wie bisher das Krankenversiche-
rungsgesetz auch, fest, was die einzelnen Kassen als
Mindestleistungen gewähren müssen und was sie
gewähren können, ehe die Grenze der höchstzulässigen
Leistung erreicht wird.

Die Mindestleistungen bestehen in freier ärz-
tlicher Behandlung, Lieferung von Medikamenten und
Heilmitteln in der Preisliste, die für Brillen, Fruch-
bänder usw. in der Regel gilt, Gewährung von
Krankengeld in Höhe der Hälfte des für die Ver-
tragszeitung festgesetzten Tagelohnes (Grund-
lohn) auf die Dauer von höchstens 26 Wochen, Ge-
währung einer Wöchnerinnenunterstützung in Höhe
des Krankengeldes auf die Dauer von 8 Wochen an
die weiblichen Mitglieder, die innerhalb eines Jah-
res vom Tage der Entbindung ab sechs Monate hin-
durch einer Krankenkasse angehört haben, Gewäh-
rung von Sterbegeld in Höhe des zwanzigfachen Ver-
trages des Grundlohnes.

Alle Leistungen, die hierüber hinausgehen,
müssen durch den Ausschus der Kasse beschlossen
werden, und es hängt von den Vertretern im Aus-
schus ab, wieweit die Kassen von ihrem Recht,
erheblich mehr als die Mindestleistungen zu gewäh-
ren, Gebrauch machen.

Zu den Mehrleistungen gehören u. a.: Zahlung
von Krankengeld bis zum dreiviertelfachen Betrage
des Grundlohns auf die Dauer bis zu 52 Wochen,
Uebnahme der vollen Kur- und Verpflegungskosten
und Unterstützung von Familienangehörigen, Ueber-
nahme der Kosten für Bandagenhalt, Kranken-
pflege, Lieferung teurer Medikamente und Heil-
mittel, Zahlung von Sterbegeld in Höhe des vierzig-
fachen Betrages des Grundlohns, Uebnahme der
Kosten für die Behandlung kranker Familienange-
höriger von Kassenmitgliedern und ferner die Ge-
währung von Schwangerenunterstützung, von Still-
geld, der Kosten für Bewandendienst usw.

Der Unterschied zwischen den Mindestleistungen
und denen, die gewährt werden können, ist be-
deutend und jedem Mitgliede mußte klar sein, daß
es im eigenen Interesse liegt, das Recht auszunutzen,
das Gelegenheit gibt, den Inhalt der Kassenstatuten
zu beschließen.

Eine ganze Reihe Leistungen berühren in
gleicher Weise die Frau wie den Mann; aber an
manchen Dingen sind die Frauen doch in erheblich
härterem Maße interessiert. Deshalb haben sie alle
Ursache, sich an den Wahlen zu beteiligen und dahin
zu wirken, daß Frauen und Männer in die Ver-
waltungsorgane der Kassen hineinkommen,
die die Vorteile der durch die Reichsversicherungs-
ordnung möglichen Mutterchaftsversicherung erken-
nen und dafür eintreten, daß entsprechende Bestim-
mungen in den Kassenstatuten aufgenommen
werden.

Der Ausschus wählt später den Kassenvorstand,
der die Verwaltung der Kasse im Sinne der Satzung
zu überwachen hat und gemeinsam mit dem Aus-
schus an der Ausgestaltung der Kasse arbeiten kann.
Beide Körperschaften können erheblich dazu beitra-
gen, die Kassenleistungen auf einem niedrigen Maß zu
halten oder sie auf eine Höhe zu bringen, die den
Mitgliedern Vorteile bietet. Da zu den Aufgaben
der Kassenstände auch die Wahlen der Vertreter
zu den Versicherungsämtern gehören, die dann wie-
der die Vertreter zu den Ueberversicherungsämtern,
den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten
und schließlich zum Reichsversicherungsamt wählen,
so haben dadurch die Kassenmitglieder einen, wenn
auch nur minimalen Einfluß auf die Personen, die
als Arbeitervertreter in die Körperschaften hinein-
kommen, die als Beisitzer in der gesamten
Arbeiterversicherung fungieren und für die der
Kranken-, Unfall- und Unfallversicherung unter-
stellten Arbeiter und Arbeiterinnen wichtige Ent-
scheidungen zu treffen haben.

Gerade die Arbeiterinnen sollten sich nun das
Recht, wählen zu dürfen, nicht nehmen lassen. Alle
Gesetze, mit Ausnahme der Reichsversicherungsord-

nung, betrachten die Frauen nicht als vollwertige
Personen, wenn es gilt, Rechte zu gewähren. So-
weit die Krankenversicherung in Frage kommt, gibt
man ihnen aber das gleiche Recht wie den Männern.
Frauen können in der Krankenversicherung wählen
und gewählt werden. Sie sollten aber nicht nur aus
diesem Grunde ihr Recht ausüben, sondern auch in
der Erkenntnis, daß sie dadurch die Möglichkeit
haben, an der Ausgestaltung der Kassenleistungen
zum Vorteile aller versicherten Mitglieder mitzu-
arbeiten.

In nächster Zeit finden an allen Orten die Wahlen
zu den Krankenkassen statt, da überall am 1. Ja-
nuar die neugewählten Kassenvorstände ihre Tätig-
keit beginnen müssen. Mit dem 1. Januar aber sind
auch weibliche Personen der Krankenversiche-
rung neu unterstellt, die bisher nicht krankensiche-
rungspflichtig waren, u. B. die Hausangehörigen und
die Heimarbeiterinnen. Auch diese können sich
schon jetzt an den Wahlen beteiligen,
wenn sie sich in die Wahllokale eintragen lassen.
Ausgeschlossen von der Wahl ist nur dort,
wo sogenannte Landkrankenkassen errichtet werden,
die den Mitgliedern kein Selbstverwaltungsrecht
geben. Werden Landkrankenkassen gegründet, dann
gehören auch die Heimarbeiterinnen und die Dien-
stmädchen in diese Kassen und geben ihres Wahlrechts
verlustig. Im anderen Falle aber können sie sich
schon wählen und sich beteiligen an der Zusammen-
setzung der Ausschüsse und Krankenkassenvorstände
für die vom 1. Januar kommenden Jahres ab gültigen
Kassen.

Bisher entschied man bei den Wahlen absolute
Majorität. Jetzt ist laut Gesetz die Verhältniswahl
festgesetzt. Daher beteiligen sich diesmal auch unsere
Gegner in härterer Weise als sonst an den Wahlen
und wenden alle ihnen zur Verfügung stehenden
Mittel an, um aus ihren Reihen Leute in die Ver-
waltung zu bekommen, selbst wenn sie in der Minder-
heit bleiben.

Dies ist ein Grund mehr für uns, zu versuchen,
in die Ausschüsse und Vorstände Personen zu wäh-
len, die gewillt und auch fähig sind, die Rechte und
Vorteile der Kassenmitglieder überall zu vertreten,
wo dazu Gelegenheit ist. Deshalb dürfen die Ar-
beiterinnen diesmal nicht gleichgültig bleiben, son-
dern müssen sich an der Wahl beteiligen, an deren
Ausfall auch sie stark interessiert sind.

Auch auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung
hatten der Gewerkschaften Aufgaben, die sie erfüllen
können, wenn wir alle bei den Krankenkassenwahlen
unser Pflicht tun.

Der Gau Hamburg im Jahre 1912.

Unterzeichneter übernahm im August v. J. die Ge-
schäfte der Gauleitung, da der bisherige Gauleiter,
Kollege Guldner nicht wieder kandidierte. Da der
Gau nur nebenamtlich verwaltet wird, ist eine
größere Tätigkeit nicht zu erwarten. Letzteres wird
auch durch die Struktur des Gauwes bedingt. Hier ist
der Kleinbetrieb vorherrschend. Die Industrie hat
bis jetzt wenig Eingang gefunden. In den wenigen
Orten, welche Anlässe davon besitzen, haben wir auch
Filialen. Die Zahl derselben betrug am Anfang
des Berichtsjahres 10. Hiervon sind zwei eingegan-
gen, und zwar Delmenhorst und Harburg. Ertere
wurde nach Vereinbarung des Streiks an Bremen an-
geschloffen. Doch hob sich die Zahl der organisierten
Kollegen auf 32. Leider war es nicht möglich, den
Kollegen eine eigene Verwaltung zu geben. Die
Gründe sind wohl hinreichend bekannt. In Harburg
ging die Zahl der Beschäftigten derart zurück, daß
wir diese Filiale aus Mangel an Mitgliedern ein-
gehen lassen mußten. Trotzdem konnte die Zahl der
Mitglieder von 608 auf 677 vermehrt werden. Dies
ist der eifrigsten Mitarbeit unserer Kollegen und der
Unter-Gaukommissionen, deren im Gau drei be-
stehen, nicht zum wenigsten der Werbetaätigkeit unse-
res Verbandes zuzuschreiben. Es wurden 225 Auf-
nahmen gemacht. Durch den häufigen Wechsel des
Arbeitsplatzes gingen uns eine Anzahl Kollegen
wieder verloren. Leider mußten auch eine ganze
Reihe von Mitgliedern wegen mangelndem Solida-
ritätsgefühl ausgeschlossen werden. Dieses gibt zu
denken, und sieht diese Tatsache uns bei Lohnbe-
gehungen oft hindernd im Wege. Ein Zeichen, daß
wir alles daransetzen müssen, unsere Mitglieder mehr
wie bisher zum solidarischen Denken und Handeln
zu erziehen. Wir haben in allen Filialen einen ge-
sunden Stamm Kollegen, welche uns in dieser Arbeit
tatkräftig unterstützen, wohingegen es eine ganze
Anzahl gibt, welche jede Versammlung schwänzen
und sich nur sehen lassen, wenn sie die Hilfe des Ver-
bandes in Anspruch nehmen wollen; dieses Feld ist
zu beackern, wenn es im allgemeinen vortwärts
gehen soll.

In Bremen hatte sich die Zahl der Mitglieder
reichlich verdoppelt. Die dortigen Kollegen haben
nichts unversucht gelassen, auch den letzten Mann zu
gewinnen. Dies ist um so mehr zu beachten, als auch
Delmenhorst zu bearbeiten war, wo sich der gelbe

Werkverein unter dem Schutze der Fabrikleitung
breitmachte. Nach kurz vor Jahreschluss traten die
Bremer Kollegen in eine Lohnbewegung, welche mit
einem Referat des Gewerkschafters über Wert und Nutzen
der Tarifverträge einleitete wurde. Die Bewegung
endete mit dem Abschluss von drei Tarifen für sämt-
liche am Orte beschäftigten Kollegen. Die glatte Er-
ledigung ist der vorzüglichen Leitung und der stimm-
lichen Organisation derselben zuzuschreiben. Wenn die
Kollegen auch ferner so zusammenhalten, werden
später auch weitere Erfolge zu erzielen sein.

Auch die Filiale Hamburg kann mit Genü-
gung auf die geleistete Arbeit zurückblicken. Die
Zahl der im Laufe des Jahres gewonnenen Mit-
glieder betrug 114; die Mitgliederzahl stieg von 333
auf 363. Hierbei kommt die Kollegenchaft aus der
Provins und die Ausgelernten, da die Lehrmeister
vielfach nicht in der Lage sind, Gehilfen zu beschäf-
tigen. Man nimmt neue Lehrlinge zu. Besonders
trifft dies für Schleswig-Holstein zu, wo die Zahl
der Gehilfen in den größeren Städten ständig zurück-
geht. In ganz Vindob sind 15 Sattler beschäftigt,
davon 8 am Trägerwerk organisiert im Metall-
arbeiterverband. In den Kleinstädten ist fast kein
Gehilfe zu finden, z. B. Neumünster 1 Gehilfe,
11 Lehrlinge, Elsdorf 7 Gehilfen, keine Gehilfen,
9 Lehrlinge. Der Sattlermeister Paul Sieb.
Mühlentruhe dabeilist, hat die höchstzulässige Zahl
von 3 Lehrlingen. Derselbe bestellte sich im Januar
dieses Jahres von unseiner Nachweis einen Gehilfen.
Ein gerade Arbeiterlocher sammelte seine geringe Ver-
schaft und fuhr dorthin. Er mußte bis abends 9 Uhr
warten, bis der Meister, der mit den Lehrlingen über
Land gewesen war, nach Hause kam und wurde von
diesem nicht eingeleitet, sondern kurzerhand aus dem
Hause gewiesen, weil er den Herrn Sieb. hat, ihm
mehrmals das Jahrgeld nach Hamburg zu versippen.
So mußte der Kollege den weiten Weg zur Nacht zu
Fuß zurücklegen.

Hamburg ist jedoch meist nur Durchgangsort.
Viele der Zupereiten sind enttäuscht von der be-
hältnismäßig geringen Arbeitslosigkeit in unserem
Gewerbe und sind nach kurzer Zeit wieder ver-
schwunden. Infolgedessen ist der Wechsel ziemlich
groß und die Agitation eine ständige. Letztere wird
meist von Mund zu Mund getrieben, da man zu der
Ueberzeugung gekommen ist, daß öffentliche Agita-
tionsveranstaltungen geringen Wert haben.

Der Zentralarbeitsnachweis, auf den man
früher große Hoffnungen gesetzt hatte, wurde aufge-
hoben, da sich die Zwecklosigkeit dieser Einrichtung er-
weisen hat. Ein eigenartiges Resultat zeitigte die
Lohnbewegung bei der Firma Kongsbad in Altona.
Hier wurden plötzlich, noch bevor Forderungen einge-
reicht waren, 17 Kollegen entlassen. Die übrigen er-
hielten 1 2 Mk. Zulage und lehrten dann dem Ver-
bände den Rücken. Den Betroffenen dürfte ihr un-
moralisches Verhalten später bitter aufsteigen. Von
der Filiale Kiel wurde beantragt, noch vor der Gene-
ralversammlung eine Konferenz abzuhalten.
Dies führte zu einem lebhaften Briefwechsel mit den
Filiaten. Die Gewerkschaft vertrat den Standpunkt,
daß eine Konferenz viel Arbeit und keine Erfolge
zeitigen werde und lehnte es ab, eine solche einzu-
berufen, da auch die Mehrzahl der Filiaten eine Kon-
ferenz nicht wünschten. Die Generalversammlung
hob nun diese Einrichtung auf zum Leidwesen der
kleinen Filiaten, welche auf den Konferenzen ihre
Meinungen austauschen konnten und sich in bezug
auf Inanspruchsetzung auf der Generalversamm-
lung benachteiligt glauben.

In Varel wurde ein neuer Tarif abgeschlossen,
welcher den Kollegen wesentliche Verbesserungen
brachte. Die Arbeitszeit wurde auf 9 1/2 Stunden
täglich verkürzt. Der Mindestlohn konnte um 2 bis
3 Pf., der gezahlte Stundenlohn um 3 bis 4 Pf. er-
höht werden.

Auch in Uetersen gelang es mit der Firma
Mönfeld u. Co. einen Tarif abzuschließen. Die Ar-
beitszeit wurde auf 9 1/2 Stunden täglich verkürzt.
Der Lohn stieg um 1,20 Mk. pro Woche. Ferner
wurde ein Kassus festgelegt, nach dem erst Ent-
lassungen stattfinden dürfen, wenn die tägliche Ar-
beitszeit auf 7 Stunden verkürzt ist. Die Filiale
gehört zu den bestorganisierten im Gau; sehr selten
hält sich hier ein Außenmeister auf.

In Bremerhaven ist die Zahl der bei Klein-
meistern beschäftigten Kollegen bedeutend zurück-
gegangen, doch wurde von der dortigen Ortsverwal-
tung wieder ein Tarif abgeschlossen. Die Mehrzahl
der Kollegen sind beim Norddeutschen Lloyd beschäf-
tigt und, mit Ausnahme von zweien, alle organisiert.

In Rostock und Wismar hängt die Zahl der Or-
ganisierten von der Beschäftigungsziffer in den dor-
tigen Fabriken ab. Mehrfach wurde versucht, von
hier aus die Kollegen in Mecklenburg aufzurufen.
Die Erfolge sind jedoch minimal. Es sind circa 600
bis 700 Sattlergehilfen in Mecklenburg beschäftigt
und werden wir auch ferner nichts unversucht lassen,
von dieser Zahl einige für die Organisation zu ge-
winnen.

Die Hoffnungen, welche wir auf Eldenburg ge-
setzt haben, sind nicht erfüllt worden. Die Lohn-
bewegung mußte abgebrochen werden, weil die dort
Beschäftigten nach und nach abreisten.

Konzepte sind 194, Ausgaben 234 zu ver-
zeichnen. Ein Flugblatt in 5000 Exemplaren an die
Auischer und Stalleute wurde im Gau verbreitet,
da letztere uns bei der Agitation gute Dienste leisten
können. So werden wir weiter betreibt sein, für die
Ausbreitung unseres Verbandes zu sorgen, um durch
Schlagfertigkeit eine sichtbare Besserung der Lebens-
lage unserer Kollegen zu erreichen.

Die Gewerkschaft. A. N. A. Freierthal.

Verband der Hausarztvereine.

Unsere Berliner Kollegen machen wir darauf
aufmerksam, daß in Groß-Berlin ein „Verband der
Hausarztvereine“ besteht, der von organisierten Ar-
beitern ins Leben gerufen wurde und zurzeit circa
16000 Familien mit über 70000 Angehörigen zählt.
Durch den Beitritt zum Verband der Hausarzt-
vereine sind die Familienangehörigen krankverfiche-
rungspflichtiger Personen, gleichviel ob bei der Auf-
nahme gesund oder krank, der zeitigen Behandlung
eines Arztes versichert.

Die Bedeutung dieses Vorteils muß jedem klar
sein, der schon das Unglück gehabt hat, Krankheiten
durchzumachen, besonders wenn dann noch durch Ar-
beitslosigkeit Not im Hause herrscht.

Die Verbändevereine haben in ihren Bezirken
angestellte Ärzte, darunter alle Arten Spezialärzte,
die vertraglich sich verpflichtet haben, die Mitglieder
mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit gleich-
wie Privatpatienten zu behandeln, ohne Ansehen
der Zahl und Dauer der Krankheiten.

Meine längigen Formalitäten wie: Kranken-
meldung, Krankenschein oder dergleichen, sind nötig;
Vorzugsweise des Mitgliedebuches bei dem Arzt ge-
nügt.

Der größte Vorteil aber ist der, daß die Mit-
glieder nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflich-
tet werden, bei den geringsten Anzeichen einer Er-
krankung den Arzt wie einen Hausarzt in Anspruch
zu nehmen, um vorbeugend und verhaltend zu wirken.
Wie die Aufnahme zum der Austritt jederzeit
erfolgen.

Für den geringen Beitrag von 25 Pf. pro Woche,
der monatlich einfließt wird, wird außer oben-
genannten Vorteilen noch folgendes geboten:

Arzt Medizin bei akuten Erkrankungen, Ver-
bandsstoffe, Diätetischer, Altspe, Totenscheine,
Krankenschein mit Kinderbeilage, wissenschaftliche
Vorträge, Kindererziehungs-, Samariterkurse, Ver-
leihung von Badenmatten für 10 bis 20 Pf. die
Woche, Großverkauf von Nährpräparaten, Stär-
kungsmitteln und sonstigen Krankenbedarfsartikeln
und Abgabe an die Mitglieder zu Selbstkostenpreisen.

In Aussicht genommen: freie Hauspflege, Ge-
winnungsbeamte, Waidholzungswännen.

- Nähere Auskunft erteilen:
für Moabit: P. Hübl, Weußelstr. 60;
für Charlottenburg: G. Neupold, Krünmeierstr. 7;
für Wilmersdorf: C. Wölke, Brunnenstr. 84;
für Wedding: H. Winchow, Lüderstr. 3;
für Prenzlau: Th. Wehner, Köpenickerstr. 3;
für Wilmersdorf: P. Berger, Langarder Str. 44;
für Tietzen: A. Nobel, Kopenickerstr. 9;
für Wilmersdorf: W. Aretz, Neptunstr. 26;
für Hermsdorf und Waidmannslust: P. Schulze,
Schulzendorferstr. 71;
für Reinickendorf: Nield, Granatenstr. 37;
für Reinickendorf West: K. Köhn;
für Wilmersdorf: W. Lehmann, Charlottenburger
Straße 43;
für Mariendorf und Ringen: M. Herbst,
Schwerinerstr. 75;
für Tempelhof: M. Fehel, Friedrich-Wilhelm-
straße 7;
für Wilmersdorf: M. Erdmann, Köpplerstr. 13;
für Siedow: M. Thurn, Diefenbachstr. 18;
für Fühlenswalde: A. Nide, Holzstr. 3;
für Südenow, Kamfisch: G. Thiele, Südenow,
Vidderfelder Str. 35;
für Groß-Vidderfelde: W. Wagner, Mariannen-
straße 31;
für Marienfelde: A. Malinowski, Berliner
Straße 116;
für Tegel-Friedrichsberg: A. Roder, Brunowstr. 16;
für Neukölln: A. Kubert, Stuttgarter Str. 54;
für Britz: A. Tietze, Bürgerstr. 20;
für Treptow: Kupfner, Eisenstr. 83;
für Baumshuldenweg: C. Mann, Baumshulden-
straße 86;
für Kiebitz-Schönhaufen: E. Hellrich, Kaiser-
Wilhelmstr. 49;
für Steglitz: A. Damm, Zimmermannstr. 18;
für Wilmersdorf-Friedenau: A. Roder, Wil-
helmstr. 133;
für Spandau: G. Kuhnke, Weissenburger Str. 21;
Zentralvorsitzender: G. Jacob, Berlin NW,
Emdener Str. 45. (Wb. 1134).

Streiks und Lohnbewegungen.

Herr Kasse, Streikbrecheragent Adolf Koch und
die Kasse als Helfer im Streik der Berliner
Offiziersattler. Wie in der letzten Nummer unserer
Zeitung bereits kurz mitgeteilt werden konnte, haben
die zuerst auf Offiziersausstattungen beschäftigten
Kollegen am Montag, den 1. September, in sämt-
lichen Spezialbetrieben, sieben an der Zahl, einmütig
die Arbeit eingestellt. Nach Lage der Sache blieb ein
anderer Ausweg nicht mehr übrig, denn der Sekretär
des Arbeitgeberverbandes hat ja nach besten Kräften
darauf hingewirkt, daß nicht einmal eine sachgemäße
Verhandlung zustande kam. Dafür haben aber die
Herren bereits 14 Tage vor Ablauf des alten Ver-
trages schon zum Kampf gerufen. Schon seit Mitte
August erhielten die vertriebenen Berliner Zei-
tungen Anfertiger, durch welche unorganisierte Sattler
für Militärarbeit bei dauernder Beschäftigung zum
1. September geschickt wurden. Es hand für uns von
vornherein teil, daß diese Anfertiger nur von den
Unternehmern der Offiziersausstattungsbranche aus-
gehen konnten. Als wir den Sekretär der Arbeit-
geberverbände auf diesen Umstand aufmerksam ma-
chten, wollte er von der Sache nichts wissen, ja er be-
tonte uns gegenüber sogar, daß sich die Herren Unter-
nehmer selbst über diese Annoncen gewundert hätten
und daß Herr Stolberg, in Firma Deutsche Militär-
Ausstattungs-Gesellschaft, schon bei ihm angefragt
hätte, ob er denn diese Anfertiger aufgeben habe.
Daher kann allerdings die Streikheiligkeit nicht mehr
getrieben werden, denn als der Streik Ausbruch er-
hielten alle Bewerber, die sich auf diese Anfertiger ge-
wendet hatten, von der Deutschen Militär-Aus-
stattungs-Gesellschaft die Mitteilung, sich in der
Kaufstellenhandlung von Mann, Grüner Weg 17, vor-
zustellen. Soweit die Bewerber sich dort einfanden,
wurden sie ausnahmslos für die Deutsche Militär-
Ausstattungs-Gesellschaft engagiert.

Großen Erfolg hat dieses Verfahren der Firma
aber nicht gebracht, denn nur ein paar ganz junge
Kollegen und zwei sehr bekannte Gesellen, die wir
der Firma besonders gern gönnen, sind die ganze
Ausbeute. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich
in dieser Branche um Spezialarbeiten handelt, daß
wir früher trotz aller Mühe die Firma bei der Ar-
beitsvermittlung nicht zufriedustellen konnten, trod-
dem wir sehr tüchtige Kollegen vermittelt hatten.
Wenn Kampf ist die Sache allerdings etwas anderes,
da gewöhnen sich die Herren das Kritizieren und
Schlammieren der Arbeiter ab, da kommt es nur dar-
auf an, überhaupt Leute im Betriebe zu haben, da-
mit es wenigstens so aussieht, als würde immer noch
weiterproduziert.

Bei der Firma E. Pöse, die neben der Offi-
zierwerkstelle noch eine besondere Abteilung für
Kommisarbeit eingerichtet hat, wurde den Kommis-
sionären zugemutet, liegegebene Arbeiten der
übrigen Kollegen weiterzumachen. Das lehnten die
dabei Betroffenen natürlich ab, was für sie entlassen
werden sollten. Dem wurde aber dadurch vorbeugt,
daß einfach die ganze Kommissarabteilung die Arbeit
einstellte und sich mit den Kollegen der Offiziersaus-
stattungsabteilung solidarisch erklärte.

Jetzt hat der Sekretär der Arbeitgeberverbände
Berlin etwas mehr Arbeit bekommen, denn ihm ist
die Beschaffung von „Arbeitswilligen“ übertragen,
und da wird er sich nun auch um die Beschaffung der
Kommisarbeitnehmer von Kasse bemühen müssen. Zu
diesem Zwecke infiziert er in der „Deutschen Sattler-
Zeitung“ (grobes Glied genannt), dem Organ des
Bundes der Sattlerinnungen. Aber auch dieser Weg
scheint nicht den gewünschten Erfolg zu haben und
so blieb als letzter Versuch nur noch der gewerks-
mäßige Streikbrecheragent übrig. Zu diesem
Zwecke haben sich die Herren an den weit über die
Grenzen Berlins bekannten Agenten Adolf Koch,
Niederschönhaufen, Kaiser-Wilhelm-Str. 65 wohnhaft,
gewandt. Nach weiß die Geschichte anzudeuten; er
weiß genau, daß man in solcher Situation mit dem
Gelde nicht knausern darf; er weiß auch sein
Schälchen dabei ins Trockene zu bringen. Verlangt
Koch infizierte nun unter seinem Namen in den
verschiedensten Berliner Blättern und versprach von
vornherein einen festen Tagelohn von 7,50 Mk. Sät-
ten die Arbeitgeber den Streikenden diesen Lohnsatz
gebieten, niemals hätte auch nur ein einziger die Ar-
beit aufgegeben. Aber, wie schon gesagt, beim Kampf
läßt man es sich etwas lösen.

Auf unser Geheiß ließen sich auch ein paar orga-
nisierte Kollegen anwerben, wodurch es gelang, den
Treffpunkt der auf diesem Wege zusammengesuchten
Arbeitswilligenkolonne zu erfahren. Künftig waren
auch wir zur Stelle, und als sich Koch ansetzte, die
Kollegen zur Firma Pöse zu führen, da griffen wir
ein. Mit Hilfe der durch uns angeworbenen Kol-
legen gelang es, den ganzen Trupp der Arbeits-
willigen zu veranlassen, sich mit den Streikenden
solidarisch zu erklären und unter dem Hohnschrei
der Streikenden hatte Koch das Verhängnis, allein
zur Firma Pöse zu gehen, um wenigstens die In-
sultarten der Angeworbenen abzugeben. Dadurch

konnte er ja befehlen, daß er sich schon recht wertiam um die Beschaffung von Arbeitskräften bemüht hätte. Ein Viertelstündchen später müßte die Firma Poße die Marken allerdings wieder zurückgeben.

Am anderen Tage hat: Noch wieder einen neuen Trupp „Arbeitswilliger“ zusammengestellt, aber in Ermangelung von Sattlern und wohl auch, um sich für das Mißgeschick des vorhergehenden Tages zu rächen, waren es nur verunsicherte Streifbrecher, die sich zusammengefunden hatten. Zur sicheren Bedeckung hatte sich noch außerdem noch ein paar „Gelehrter“ mitgebracht, die schon von weitem als „Drohbrüder“ im wahren Sinne des Wortes zu kennen waren. Als diese Leute auf den Streif aufmerksam gemacht wurden, da fielen Knick und seine Koppelstücke sofort mit ihren Schnäpeln über die Verletzten her. Einer der „Drohbrüder“ zog ein zirka 30 Zentimeter langes Dolchmesser hervor, während Knick, der inzwischen seinen Anzeiger eingepupst hatte, mit einem Revolver umherdrückte.

Daß diese Leute von ihrem Vorhaben, als Streifbrecher in die Betriebe zu gehen, nicht abzuhalten waren, ist durchaus verständlich. Daß sie aber auch die Arbeiten unserer irtreffenden Kollegen nicht machen, ist ebenso selbstverständlich. Aus diesem Grunde können wir den Unternehmern diese Schartruppe aus vollem Herzen. Uns kann es recht sein, wenn sich diese Herrschaften erst mal einige Wochen in den Betrieben betätigen, wir sind gewiß, daß dann unsere Kollegen eine ganz andere Wertschätzung seitens der Herren Unternehmer erfahren werden. Solange nur solche Elemente in die Betriebe hineinkommen, werden die Unternehmer nicht triumphieren können, denn sie lernen dabei nur den Unterschied zwischen eint und zwei kennen. Nebenbei haben sie jetzt die schönste Gelegenheit, einmal nachzudenken, inwiefern besondere Anstalten schon diese erste Streifwache verschlungen hat; wir sind gewiß, daß sich mit dieser Summe schon ein beträchtlicher Teil der Forderungen unserer Kollegen hätte verwirklichen lassen.

An die Kollegenschaft aller Orte richten wir darum das Ersuchen, bei allen Berliner Arbeitsangeboten recht vorsichtig zu sein und stets erst Auskunft von der Berliner Erwerbsverwaltung eingeholen. Unter allen möglichen Umständen werden Kollegen verlangt, weil man auf geradem Wege niemand bekommt. Ebenso bitten wir, ja auf eventuelle Streifarbeiten zu achten; wenn dies geschieht, sind wir ob des Ausgangs dieses Kampfes wirklich nicht bang.

Brandenburg. Die Aussperrung in den Brennauwerken, Gebr. Reichlein, ist in ein neues Stadium eingetreten. Als die Arbeiterkommission der Firma den Bericht der Versammlung vom 31. Juli überbrachte, erklärte der Firmeninhaber, daß die Arbeiter wohl nach 14 Tagen geneigter sein werden, auf der von der Firma gewünschten Grundlage zu verhandeln. Auf Grund dieses Ausspruches richteten die Vertreter der Organisation nach Ablauf dieser Zeit ein Schreiben an die Firma, in dem die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen ausgesprochen wurde. Die Gebrüder Reichlein ließen uns jedoch ohne Antwort, übermittelten dieses Schreiben aber an die Mitglieder der Arbeiterkommission mit dem Bemerkten, daß sie, die Firma, mit dem Deutschen Metallarbeiterverbande direkt nichts zu tun habe. Abgesehen von dem Eingangsdatum, daß die Firma indirekt mit den Arbeiterorganisationen doch zu tun habe, ist dieses Verhalten der Firma nicht als fair zu bezeichnen. Der Firma war bekannt, daß der Gauleiter des Metallarbeiterverbandes nur im Auftrage der übrigen beteiligten Organisationen sich an die Firma gewandt hätte. Ferner darf man sich die Frage stellen, warum die Firma dieses Schreiben verweigerte und jedes einzelne Mitglied der Kommission damit bedachte, statt dasselbe an den Obmann zu senden, der bisher den gesamten Briefwechsel befragt hatte. Dieses Manöver geschah doch offenbar, die Arbeiter unter sich uneinig zu machen, ein Versuch, der sicher fehlschlagen mußte. Die Kommission wendete sich nach diesem Schreiben an die Firma mit der Erklärung, daß die Arbeitervertreter bereit wären zu Verhandlungen. Die Firma erzwangte darauf, daß auch sie bereit sei zu verhandeln, ohne aber der Kommission bestimmte nähere Angaben zu machen. Diesem Kap- und Wauspielen machten die Arbeitervertreter nun ein Ende, indem der Firma mitgeteilt wurde, daß es den Arbeitern nicht ansehe, Dispositionen zu treffen und daß die Firma Zeit und Stunde angeben möchte, wo sie die Arbeiter zu Verhandlung empfangen will. Darauf erhielt die Kommission ein Schreiben der Firma folgenden Wortlauts:

Auf Ihre Zuschrift vom gestrigen Tage teilen wir Ihnen mit, daß wir die Kommission zu empfangen jedergzeit bereit sind, falls die Arbeiter unsere Ihnen bekannten Bedingungen annehmen wollen.

Wir erwarten Ihre Antwort bis Mittwoch, den 3. September.

Hochachtungsvoll
Gebr. Reichlein.

Die Kommission setzte sich bereits mit den Vertretern in Verbindung, um über die weitere Schritte zu beraten. Hier wurde einstimmig beschlossen, die Gesamtarbeiterliste zu befragen, ob die Kommission zu solchen Bedingungen die Verhandlungen aufnehmen soll. Am Mittwoch, den 3. September, fand nun im Garten des Volkshauses eine Versammlung der Ausgewerteten statt. Der Garten war bis auf den letzten Platz gefüllt und sah man auf allen Gesichtern die gespannte Erwartung der kommenden Dinge. Der Gauleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Gen. Bernau, sprach erbarmungslos die in den letzten Wochen und bis zum letzten Augenblick angewandte Politik der Firma, die Leffentlichkeit glauben zu machen, als handle es sich bei diesem Kampf um einen Ausstand der Arbeiter. Die bürgerliche Lokal- und Berliner Presse spricht niemals von der Aussperrung, sondern immer vom Ausstand der Arbeiter. Daß die Firma die Arbeiter brutal auf die Straße geworfen hat, als sie nicht gewillt waren, die Verschlechterungen eines neuen Vertrages einzugehen, das wird allgemeinlich verstanden. Der Redner betonte noch mit allem Nachdruck, daß auch die Organisationen direkt mit der Firma nichts zu tun haben und daß für uns, die Organisationen, die Abmachungen, welche in der Zukunft mit den Arbeitern getroffen werden, einisch nicht entscheiden werden. Nach teilweise überhöhten Beschlüssen ging die Versammlung ohne Debatte zur Abstimmung über mit dem Ausdrück, daß das Schreiben der Firma eine andere Antwort nicht verdiene. In der Abstimmung erklärten 1725 Arbeiter und Arbeiterinnen, zu diesen bekannten Bedingungen das Arbeit nicht aufzunehmen und nur 24 stimmten mit ja. Eine derartige einstimmige Antwort hätte keiner der Funktionäre erwartet, obgleich den Ausgewerteten erklärt wurde, daß der Kampf jetzt er beginne und sie sich noch auf eine lange Dauer gefaßt machen könnten. Diese Antwort ist der Lohn für das brutale Vorgehen der Firma. Hat man sich nicht geirrt, an der bei der Firma beschäftigten Witwen ehemaliger Reichleinischer Arbeiter die Zustimmung zu stellen, die Arbeit wieder aufzunehmen, und als diese tapferen Frauen diese Zustimmung zurückwiesen, drohte man ihnen mit der Entziehung der Pension. Pfui und nochmals Pfui! Aus diesen Vorgängen ist ersichtlich, daß die Sache der Firma auf schwachen Füßen steht. Der Kampf geht also weiter, bis die Firma von ihren brutalen Maßnahmen Abstand nimmt.

Die Lohnbewegung der Einsteckler und Teppichnäher Berlins ist zum größten Teile zugunsten der Arbeiter erledigt, indem die meisten der betroffenen Firmen die Forderungen der Arbeiter unter schriftlich anerkannt haben.

Die Firma Dulitz u. Söhne, Braunschweig, auch in den verschiedensten Zeitungen, darunter auch in der „Offenbacher Zeitung“, für ihren dreifachen Betrieb Sattlergehilfen. Unsere Kollegen werden sich auch nicht durch die geringfügigen Versprechungen verlocken lassen und Streifbrecher werden.

Aus unserem Beruf.

Zeitgemäßes Werkmeistergehalt. In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ lesen wir folgendes Inzerat:

Werkmeister,
Reisartikel (Koffer).

selbständ., vollend. Arbeiter, tadelloser Charakter, nationale Gesinnung, von erklaff. Fabrik in selten ausichtsreiche Stellung bei angemessenem Anhangsgehalt für bald gesucht. Offerten erlisst an Gaarenstein u. Wopler, A. G. Leipzig, unter L. 12705.

Hier wird nicht mehr wie alles verlangt. Zerlegen wir die Annonce: „Selbst., vollend. Arbeiter“. Dieses findet unseren Beifall. Ein Werkmeister mag Verunsichertheits bezeugen. Leider finden wir in vielen Fällen, daß die Gehilfen von der Arbeit mehr verstehen wie der Herr Meister. Eine Anzahl von diesen Herren hatten ihren Köpfen durch Schmeißen und Anbringen, aber nicht durch ihre Kenntnisse. Ein tüchtiger Werkmeister wird sich stets die Achtung der Gehilfen erhalten. „Tadelloser Charakter“ heißen wir für selbstverständlich. „Nationale Gesinnung“ klingt recht verständig. Bei den Unternehmern fängt sehr oft die nationale Gesinnung erst beim Kriegesvereinigungsmitglied an. Wir wollen zugunsten der Firma annehmen, daß sie von dieser Schwäche befreit ist. Die Intelligenzen unter den Gehilfen der Meißel- und Portefeuilleorganiser. Und nur ein „tadelloser Charakter“ unter diesen kämpft, solange er als Gehilfe arbeitet, mit seinen Kollegen um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. „Erfolgreiche Fabrik“ hört sich schon an. Offenlich genießt die Firma in den Kreisen der Gehilfen erklaffisches Ansehen. Es gibt verschiedene Fabriken, die sich als erklaffisch bezeichnen. In den Kreisen der Gehilfen

sehen sie als „Hochhäuser“ und Ansehensmännchen. „In jeder „monarchische Stellung“, wie einem das Wasser im Waude zumankommt, wenn man dies nicht, aber unangenehmen Anhangsgehalt“, dieses ist die Kampagne von allem. Wir halten es für selbstverständlich, daß eine solche Vertrauensstellung auf bezahlt werden muß. Nun heran, ihr Sattler, und bewahrt euch! Wer wird der Blücker in der wenig ansehnlichen Stellung sein?

Sattlerarbeit in der Zwangsversteigerung zu Köln. In genügender Weise haben wir im Sattlerberuf die Vorgänge kennen. Jetzt wird uns von Köln berichtet, daß die Firma Opel u. M. h. u. c. Minderungsversteigerung. Kellverdecke in der Zwangsversteigerung anfertigen läßt. In dieser Anzahl befinden sich Zwangsversteigerungen im Werte von 11 bis 21 Jahren. Die werden in irgendeinem Beruf ausgebildet. Sie befinde sich auch hier eine Sattlerwerkstätte unter Leitung eines Meisters, in welcher Jünglinge des Sattlerhandwerks erlernen. Es werden Gehilfen und Lehrlinge angelernt. Daß diese jungen Leute einen Beruf erlernen, dagegen ist nichts einzuwenden, auch nicht dagegen, daß sie Arbeiter unseres Berufes anfertigen. Dagegen werden wir uns aber ganz entschieden, wenn eine staatliche Anzahl die Arbeiter billiger liefert, als die Arbeiter in der Fabrik an Lohn bekommen. Denn hier tritt der Staat als Vorkäufer der Arbeiter auf. Als Steuerzahler können wir uns gegen einen derartigen Zustand auf. Es hat genannte Firma Kellverdecke an die Anzahl vergeben. Unsere Kollegen und Kolleginnen haben in der Fabrik gegenwärtig nicht viel zu tun. Leider nimmt die Firma darauf keine Rücksicht. An 1000 Verdecke sollen von der Anzahl gefertigt werden. Unsere Kollegen bekommen für die Anfertigung eines solchen Verdeckes 32 Pf. Arbeitslohn. Die Anfertigungsanzahl soll das Stück mit 20 Pf. liefern. Somit bekommt die Firma das Stück um 12 Pf. billiger hergestellt. Das ist ein Gewinn. Da die Firma Opel u. M. h. u. c. sehr viel von ihren Produkten an die Kaufmännereien absetzt, sollte sie auf die bei ihr beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mehr Rücksicht nehmen. Unser Verband wird in dieser Sache geeignete Schritte unternehmen und dafür sorgen, daß der Firma die Waage nicht in den Himmel wachsen.

Korrespondenzen.

Berlin. In der Versammlung für die Arbeiter der Reichsartikel- und Porzellanfabriken am 3. September machte Kollege Langenbrück auf die kommenden Wahlen zur Arbeiterklasse aufmerksam und ersuchte die Vertretungsvereine, die Wahlberechtigungsformulare vom Bureau der Erwerbsverwaltung abzuholen. Nach dem heftigsten aufgenommenen Heftigen des Kollegen Akzepten über: „Arbeiter und Kapitalismus“ wurde unter Brandenburgerangelegenheiten geredet, wie die Firma E. Brenner es mit ihrer Tarifvereinbarung, die Löhne selbständig und eigenmächtig festzusetzen, und zwar bei Damentagen bis zu 50 Proz. unter den in Berlin üblichen Löhnen. Ein Arbeiter, dem dies Gebahren nicht gefiel, beschwerte sich an zuständiger Stelle. Als Herr Brenner dies erfuhr, bezeichnete er dies Vorgehen als eine Gemeinheit, welche durch Landesverweis gestiftet werden muß. Herr Brenner kann sich zu etwas erlauben, sind doch ein großer Teil seiner Arbeiter, besonders Heimarbeit, so lammfromm und geduldig, daß sie nur an ihrem Arbeitsort, wenn es niemand sonst hört, das französische Kalzbein schwingend, fröhlich auf die vermeintliche Heilwirtschafft schnüpfen. Besser wäre es, sie fänden bald den Weg zum Verband.

Gremien. (E. 4. 9.) Die am 30. August tagende Versammlung nahm Stellung zu dem Gegenseitigkeitsvertrag mit den Tapezierern. Die Kollegen erkennen wohl den guten Zweck der Tarifkommission an, da aber im Laufe der Zeit die Dispositionen in unserer Zeitung sich stets gegen den Vertrag wandten, so wurden die Grenzvertragsstellen nur noch mehr gehoben als befristet werden. Die Kollegen ersuchen deshalb den Zentralvorstand, auf anderem Wege einen Vertrag zustande zu bringen, eventuell eine Abstimmung in den betreffenden Branchen für oder gegen den Vertrag vorzunehmen. Ferner ersuchen die Kollegen den Zentralvorstand, bis zur nächsten Generalversammlung Material zu sammeln und den Delegierten die Angelegenheit zu unterbreiten.

Wandburg. (E. 4. 9.) In der am 30. August tagenden, gut besuchten Mitgliederversammlung referierte Gauleiter Busch-Weißig über: „Die Heimarbeit und ihre Folgen“. Redner gab der Veramtung ein klares Bild von dem unglücklichen Stand, welches durch die Heimarbeit erzeugt wird. An einer Anzahl von Beispielen und eigenen Erfahrungen zeigte er der Versammlung, in welcher trauriger Lage sich die Heimarbeit zurechtfinden müssen. Redner bemerkte ferner noch, daß auch in unserem Beruf die Heimarbeit vielerorts ihre Gliedspuren hinterläßt. Zu weit würde es führen, hier alle Einzelheiten

wiederzugeben. Es soll daher dieser hochinteressante, dem Redner mit reichem Beiwerk besetzte Vortrag in seiner Schlussforderung nicht unbeachtet bleiben, jederzeit dahin zu arbeiten, daß auch dieser Auswertungspunkt endlich ein Ziel erreicht wird, was nur durch rege Ausflärung gelingen kann. Als zweiter Punkt wurde der Gegenständigkeitsvertrag zwischen dem Verband der Tapezierer und dem der Sattler und Portefeuller behandelt, wozu (Maner) ein ausführliche Begründung abgab, in der die Spezialisierung beider Berufsgruppen und weiter auch deren Gemeinschaft anführte, aus der heraus eine Verbindung beider Verbände sich notwendig macht. In der Diskussion hielten sich die Kollegen auf einen gegenseitigen Standpunkt. Es kam zum Ausdruck, daß durch einen derartigen Vertrag die Grenzstreitigkeiten nicht beseitigt würden. Eine Resolution, die für den Gegenständigkeitsvertrag lautet, wurde von der Versammlung mit großer Mehrheit abgelehnt. Hierauf wurde zunächst noch ein wichtiger Punkt, welcher die Wahl zur allgemeinen Ortskonferenz betrifft, erledigt. Nach einigen Ausführungen eines in dieser Hinsicht hochbegabten Kollegen wurde zur Wahl welche am 25., 26. und 27. September stattfindet der Liste der freien Gewerkschaften aufgegeben. Dmüßlich der vorgezeichneten Zeit konnte daher zu einer Gegenresolution zum Gegenständigkeitsvertrag nicht mehr Stellung genommen werden und wurde dieser Punkt auf die nächste Versammlung vertagt.

Merano. (E. 4. 9.) Am 30. August fand im „Abtiner Hof“ unsere Mitgliedsversammlung statt, welche nur mäßig besetzt war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Genossen August Bebel. Die Anwesenden ehrten denselben durch Erheben von den Plätzen.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildeten die jetzt bevorstehenden Kantonsparlamentwahlen. Nach Erläuterung des neuen Wahlsystems ersuchte der Vorsitzende die Kollegen, bei der kommenden Wahl für die Liste der freien Gewerkschaften zu stimmen. Unter „Verständnis“ gab der Vorsitzende bekannt, daß am 14. September in Weisau eine kombinierte Versammlung stattfindet, zu welcher Kollege Blum-Verlin das Sekretat übernommen hat. Am 20. September findet im Gasthof „Deutsche Eiche“ unser Stiftungsfest statt. Wir haben leider immer noch eine Anzahl Kollegen, die es an Interessiertheit nicht fehlen lassen und die Versammlung schwänzen. Kollegen, es wird höchste Zeit, mit der Gleichgültigkeit aufzuhören. Wir gehen ernstlichen Zeiten entgegen, das sollte jeder beachten und deshalb nach Kräften mitarbeiten. Nur wenn jeder seine Pflicht erfüllt, werden wir unser Ziel erreichen.

Aachenheim. (E. 8. 9.) Die am 18. August abgehaltene Versammlung war leider nur von 12 Kollegen besetzt. Kollege Weul gab zunächst den Kartellbericht, was Veranlassung gab, über die „Vollstufung“ zu berichten und forderte er auf, sich nicht von den Agenden der kapitalistischen Verleumdungsgesellschaften überreden zu lassen, sondern sich nur der „Vollstufung“ zu bedienen. Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die hiesige Lokalfrage behandelt. Seit Jahrzehnte ist es den Arbeitern am Ort nicht mehr möglich, größere Versammlungen abzuhalten. Der Besitzer des Lokals „Zum Kaiser Friedrich“ schickte der Arbeiterpartei den Stuhl vor die Tür. Deshalb wurde der Vorkauf über dessen Wirtschaft nebst Metzgerei verhandelt. Leider konnte ein Teil der hiesigen Arbeiter sich nicht aufstellen, den Kampf um ein Versammlungslokal wirksam zu unterstützen. Auch ein Teil unserer Kollegen glaubt hier mitmachen zu müssen, was um so mehr zu bedauern ist. Vom Kartell wurde nun der verschärfte Vorkauf über die Wirtschaft „Zum Kaiser Friedrich“ beschlossen. Wie erwidern die Kollegen, dieses zu beachten, damit nicht immer wir als diejenigen angesehen werden, die ihre Schuldigkeit der Arbeiterbewegung am Orte gegenüber nicht tun.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Der Vorsitzende ersuchte die anwesenden Kollegen, dafür zu sorgen, daß das Verbandsleben ein regeres wird, und die nächste Versammlung, die am 15. September stattfindet, zahlreich zu besuchen. H. Br.

Münsterberg. (E. 8. 9.) Am 2. September tagte unsere regelmäßige Mitgliedsversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Kollege Dietrich in bewegten Worten unseres verstorbenen Vorkämpfers August Bebel. Die Versammlung ehrte das Andenken an denselben durch Erheben von den Sitzen. Dann hielt Kollege Donales einen interessanten Vortrag über: „Die wirtschaftliche Lage und wie verbessern wir dieselbe?“ Der Referent erläuterte in seinem Vortrage die ungeheure Steigerung der Lebensmittel seit dem Kartell von 1902 und erklärte, daß die Regierung, die da meine, sie wäre von seiner Partei abhängig, nichts tun wird, um die wirtschaftliche Lage zu heben. Die Arbeiter müssen eben zur Selbsthilfe schreiten und sich bessere Lohn- und Arbeits-

verhältnisse erkämpfen. Dies geschieht am besten, wenn Mann für Mann der Erwerbstätigen beitreten. Reichen Bericht entlegte der Vortragende für sein hochbedeutendes Material. Sodann machte Kollege Dietrich Propaganda für die Wahl der Kantonsparlamentwahlen und empfahl den Kollegen, nur die Liste der freien Gewerkschaften zu wählen. Im letzten Vortragungsbereich muß es bezüglich der Arbeitszeit der Irma Deusch ansetzen: 54 1/2 stündige Arbeitszeit befehlen.

Rundschau.

Arbeitsgemeinschaft der Vergarbeiterverbände. Die den Vergarbeitern im Ruhrgebiet bezogenen Liebesdienste haben dem christlichen Vergarbeiterverband mehr die erhofften Erfolge gebracht. In Scharen wenden sich die Vergarbeiter vom dem Streikbrecherverband, wodurch er immer mehr an Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Bergbau verliert. In dieser Vergleichen kamen die Christenführer auf den an sich beachtenswerten Gedanken, dem freien Vergarbeiterverband eine Arbeitsgemeinschaft, ähnlich wie die frühere Ziehbrennkommission, anzubieten. Eine Zweierlei haben die Christen mit dem Angebot allgemeinen Aufsehen erregt und bei Philantropen und Sozialtheoretikern gewisse Befriedigung ausgelöst. Im Zentrumstager war man zuerst darüber mehr als beunruhigt und wurde eine Zersplitterung der schwarzen Macht im Rheinlande an die Hand gemacht, wenn die Anrechnung auf günstigen Boden fallen sollte. Der ganze Trost Kapläne und sonstiger Dichtzicher suchte sofort die Verwirklichung der Arbeitsgemeinschaft zu hintertreiben, was, nebenbei gesagt, auf die Christenführer nicht ohne Einfluß geblieben ist. Sie hupien schon wieder zurück und wollen keine dauernde Gemeinschaft, sondern nur eine solche von Fall zu Fall gemein haben. In ihrer letzten Nummer vom 6. September beleuchtet die freie Vergarbeiterzeitung die Situation, weist auf das unvollständige Treiben der Christlichen in den letzten Jahren hin und meint u. a.:

... Die Kämpfe und Arbeiten der Gewerkschaften spielen hinüber aufs politische Gebiet, werden beeinflusst von den Vorkäufen, die sich in den geschäftlichen Körperlichkeiten abspielen und bei den scharfen Kämpfen der politischen Parteien in Mitteleuropa gezogen werden. Einsehend haben doch die Kämpfe um den Kartell 1902, die Erneuerung der Handelsverträge 1906, die Reichsfinanzreform 1909 und die Reichsversicherung 1911 in den Gewerkschaften gewirkt und mit welcher Erbitterung sehen sich seit 1909 die großen politischen Parteien gegenüber! Die Mitglieder der „Christlichen“ Gewerkschaften im Ruhrgebiet bilden die Kerntruppe der Zentrumspartei, die Generalsekretäre die Zutreiber und Einseifer. Die Leute sind Vester der moralisch so unendlich tieferstehenden Zentrumsbürokraten im Ruhrgebiet, die seit dem großen Aufschwung der Arbeiterpartei von 1903 einen systematischen und infernalischen Verleumdungskrieg gegen die Sozialdemokratie führen und ihr unerschütterlichen Anhang macht seinen Unterschied zwischen der politischen Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Mit demagogischer Verschlagenheit und boshaftem Zynismus reden und schreiben sie nur von „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ und haben durch diese seit 10 Jahren systematisch betriebene Deke einen unerschütterlichen Haß in die Herzen der Arbeiter gepflanzt. Das ist im Interesse der Arbeiter sicherlich recht zu bedauern und schmerzhaft, aber es ist eine Tatsache, die wir vorläufig nicht ändern können, uns damit abfinden müssen. Solange die großen politischen Armeen in gegenseitigem Vernichtungskampf stehen, wird es nicht möglich sein, einzelne Sektionen von diesen Armeen loszutrennen und zur Arbeitsgemeinschaft zu formieren. Das hat die 20jährige Geschichte gerade des christlichen Gewerkschaftsvereins bewiesen. Es war nicht der Eigensinn eines August Weul, nicht der Fanatismus eines Imbusch, wodurch immer und immer wieder ein Bruch herbeigeführt wurde, sondern es waren stets politische Ereignisse, die mit unserer Bewegung in gar keinem direkten Zusammenhang standen. Auch der Streikbruch 1912 entsprang parteipolitischen Motiven.

Nicht von ihrem Willen hängt es auch in Zukunft ab, was geschieht, sondern davon, was in den Geheimkonventikeln von den Zentrumsmillionären, dem Komtur des Bisnodens, dem Attache am Apostolischen Stuhle A. D., dem Erzbischof Carlmann und anderen beschlossen wird. — Aus allen diesen Gründen sehen wir in dem Aufstuf, wie auch in den weiteren „Friedensartikeln“ nichts als einen schlaue sein folgenden Agitationsblatt, Worte, hinter denen kein Wille zur Tat steht.

Die Führer der christlichen Organisation weichen dem auch wohl schon einige Schritte von ihrem Plan der Arbeitsgemeinschaft zurück. Schon werden die näheren Grenzen abgesteckt, damit der Gewerkschaft nicht etwa in den Verdacht kommen könnte, mit dem „voten“ Vergarbeiterverband in gar zu enge Waffenbrüderschaft zu kommen. Die „Königliche Volksgel-

tung“ löst sich (Abendausgabe vom 30. August) aus „christlichen Gewerkschaftsfreien“ (Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften?) schreiben:

... Von Fall zu Fall — und so nur will ja der Gewerkschaften christlicher Vergarbeiter seinen Vorschlag aufgeschlüsselt wissen. ... In Anknüpfungsfragen läßt sich doch wohl ein solches Zusammengehen durchführen, ohne daß die christliche Gewerkschaft ihre Eigenart aufgibt oder sie verliert. Das liegt schließlich auch im Interesse der Allgemeinheit selbst. Es kann nicht verkannt werden, daß die starke Anwesenheit des Bergbaukapitals auf die Dauer zu einer handigen Erholung für das volkswirtschaftliche und soziale Leben wird. Je stärker aber auf beiden Seiten die sich gegenüberstehenden Kräfte sind, um so mehr Kräfte werden in der Allgemeinheit geweckt, die mit Macht auf den Frieden hinwirken.

Diese Auffassung lebt gewissermaßen intuitiv in der christlich organisierten Arbeiterkraft, so daß ein Zusammengehen von Fall zu Fall leicht verhandelt werden anstehen läßt. An eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft im umfassenderen, tieferen Sinne des Wortes ist wohl nicht zu denken. Dafür wird die Gewerkschaftsarbeit auf christlicher Seite grundsätzlich zu verschiedenen aufgeschlüsselt in der sozialistischen Auffassung. Die sozialistischen Gewerkschaften wollen den gewerkschaftlichen Interessenskampf in möglichst weitem Umfang zu Klassenkampf hinüberleiten, während die christlichen Gewerkschaften eben nur an einen Kampf denken, wo und soweit er zum Ausgleich sich gegenüberstehender Interessen erforderlich ist.

Also nur von Fall zu Fall! Hoffentlich soll die Arbeitsgemeinschaft nicht ausgeschlossen werden, wenn es den Gewerkschaften etwas soltet, und wenn der Gewerkschaften ernstlich Farbe bekennen soll. Für eine solche Art der Arbeitsgemeinschaft wäre in den Kreisen des alten Vergarbeiterverbandes sicherlich keine Stimmung zu machen.

Anwaghaftigkeit christlicher Gewerkschaften. In Wort und Schrift stellen die Agitatoren christlicher Gewerkschaften die Behauptung auf, sie sind berufen, „trene Wege zu halten gegenüber dem monopolistischen Mißbrauch unserer Arbeitsverträge seitens unserer Gegner. Frei muß das Recht auf Arbeit, frei die gewerkschaftliche Betätigung sein und bleiben, Zwang und Terror müssen bekämpft und entschieden zurückgewiesen werden.“ So die Theorie, in der Praxis sieht es anders aus. Von vielen Beispielen nur eins. Kürzlich hat der Zentralverband christlicher Stein- und Eisenarbeiter, Regiel Würzburg, an die badische Regierung die Eingabe gemacht, bei den neuen Militärarbeiten den vollen und gestrichelten Sandstein der Würzburger Gegend zu berücksichtigen, weil die dortigen Arbeiter christlich organisiert, künigstren und vaterländisch gesinnt seien, auch dem Ansturm der Sozialdemokratie handgehalten hätten. Anerkennenswerterweise hat die badische Regierung der Petition keine Folge gegeben. Sie erließ, unter Berücksichtigung früherer Petitionen des freien Stein- und Eisenarbeiterverbandes, Anweisung an die in Frage kommenden Instanzen: bei Arbeitsvergaben die gesamte badische Industrie — nicht nur die Wertheimer Gegend — zu berücksichtigen.

Somit wären also die Christlichen mit ihrem egoistischen Verlangen und ihrer überflüssigen Belästerung, sich als Sturmbock gegen die antimilitaristische und vaterländische Sozialdemokratie zu gebrauchen zu lassen, gründlich abgefassen. Ihr Vergehen war um so anmaßender, als in ihrem Verbanden nur 522 — und nicht nur lediglich Stein- und Eisenarbeiter — organisiert sind, während der Organisation des Zentralverbandes der Stein- und Eisenarbeiter in Baden 2484 Arbeiter angehören.

Streikliste der Scharfmacher. Die aus der Hauptstelle und dem Verein deutscher Arbeiterverbände erhaltene Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat eine Deutsche Streikentscheidungs-Gesellschaft ins Leben gerufen, die von jedem Mitglied einen Jahresbeitrag von 1 Mk. pro 1000 Mk. der an die beschäftigten Arbeiter gezahlten Lohnsumme und ein Eintrittsgeld von 0,25 Mk. pro 1000 Mk. derselben Lohnsumme erhebt; kein Mitglied ist zu irgendwelchem Nachschuß heranzuziehen. Die Streikentscheidung beträgt 25 Proz. des auf die streikenden Arbeiter entfallenden durchschnittlichen Lohnes. Bei Aussperrungen werden 25 Proz. geleistet, wenn die Zahl der Ausgesperrten bei einer einzelnen Firma nicht mehr als 300 beträgt, bei 300 bis 600 Ausgesperrten sollen 20 Proz. und bei über 600 Ausgesperrten 15 Proz. bewilligt werden. Zur Vermeidung von Zahlungsunfähigkeit oder Nachzahlungen ist Kürzung der Entschädigungen zulässig, jedoch ist nach einer in Unternehmerkreisen verbreiteten Werbeschrift für diese Kasse die Gesellschaft „unter Aufrechterhaltung eines gesunden Vermögensbestandes“ ihren Verpflichtungen bis zur vollen Höhe der angegebenen Prozentsätze nachzukommen. Die Rückversicherung der Streikentscheidungs-Gesellschaft bei der Vereinigung der deutschen

Arbeitgeberverbände wird als eine Garantie bezeichnet, die anderen freierwerbenden Streikverhinderungsunternehmungen vollständig fehlen.

In der Werkschau wird die unbedingte Unterordnung der Streikverhinderungsvereinigungen unter das Gebot der Schlichter proklamiert, da somit vom reinen Verhinderungspunkt aus eine Neigung zur friedlichen Verhandlung mit der natürlich unerbittlichen und herrlichen Forderungen stellenden organisierten Arbeiterkraft und Managern an die Gewerkschaften vorzuziehen kommen! ...

zuleien, daß dieser den englischen Reichhandel zum Teufel wünsche. Die alte ehrliche „Angsbuergerei“ schreibt nämlich:

„In Deutschland wettet man gegen die Schutzpolitik und preist den Reichhandel. In England den Reich der Reichhandel, da liegt der „Vorwärts“: „Hinweg mit diesem Wirtschaftssystem.“

Die Worte: „Hinweg mit diesem Wirtschaftssystem“ stehen in dem hierhergehörigen Blatt in Anführungszeichen, sollen also wörtlich zitiert sein; fünf Zeilen vorher steht aber das richtige Zitat, aus dem jeder erkennen kann, daß der „Vorwärts“ selbstverständlich nicht den englischen Reichhandel zum Teufel wünscht, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem. Worüber soll man sich mehr wundern, über die freche Käuflichkeit oder über die Zurechnungslosigkeit, mit der die „Augsburger Postzeitung“ alle ihre Leser als Dummköpfe betrachtet.

Schaumwagung des Zentralvorstandes.

In einigen Monaten erscheint im Buchhandel ein 500 Seiten starkes Werk: Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe.

Eine Sammlung von Abhandlungen von Adolf Braun.

Um die Anlage des Werkes bestimmen zu können, ist eine Subskription ausgeschrieben. Der Verfasser bürgt durch seine langjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung für eine gute Arbeit. Das Buch wird nach Durchsicht des Prospektes für jeden Gewerkschaftler unentbehrlich sein. Da auch der Preis (gebunden) mit 4 Mk. ein durchaus mäßiger ist, so bitten wir die Ortsverwaltungen, welche einige Mittel für solche Werke übrig haben, sich dieses Buch bestellen zu lassen. Verwaltungen stellen oder auch Mitglieder, welche auf dieses Werk reflektieren, bitten wir, bis zum 25. September den Betrag von 4 Mk. portofrei an die Unterzeichneten einzusenden zu lassen. Spätere Bestimmungen können zu diesem Preise nicht mehr angenommen werden.

P. Blum, Berlin, Brüdenstr. 10b.

Zur Beachtung für Militärpflichtige!

Die zum Militär eintretenden Mitglieder machen wir hiermit auf die rechtzeitige Abmeldung bei den örtlichen Verwaltungsstellen aufmerksam. Die Bücher bezw. Karten werden durch die Ortskassierer nach erfolgter Abmeldung und Bezahlung der Beiträge eingezogen und an die Hauptverwaltung eingesandt. Die Ortsverwaltungen stellen für das abgelieferte Buch bezw. die Karte eine Quittung aus, welche der Militärpflichtige bis zur Beendigung seiner Dienstpflicht aufzuheben hat.

Die vom Militär entlassenen Mitglieder müssen sich innerhalb sechs Wochen nach ihrer Entlassung bei den Ortsvorständen unter Zurückgabe der Quittung anmelden.

Mitglieder, welche den laut Statut vorgeschriebenen Melbungen nicht nachkommen, geben ihrer Ansprüche an den Verband verlustig. Während der Dienstzeit ruhen die Beitragspflicht und auch die Rechte der Mitglieder. Der Vorstand.

Sterbetafel.
Hessenbach a. M. Am 13. August verstarb unser langjähriges Mitglied der Portefeuller Christoph Heintich, 65 Jahre alt.
Leipzig, Walter Hänide, 18 Jahre alt, an der Schwandbucht.
Ehre ihrem Andenken!

Verfallungskalender.

Wormen.	Samstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Saaben.	Sonabend, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Zittau“.
Bonn.	Samstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, „Deutscher Hof“.
Bremen.	Sonabend, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Erfurt.	Montag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr, „Johannesstr. 16“.
Erlangen.	Freitag, den 19. September, abends 8 Uhr, „Goldener Hedi“.
Rechenheim.	Montag, den 15. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Eugel“, Vortrag über: „Tarijwesen in unserem Verband“.
Gesfentirchen.	Samstag, den 20. September, abends 9 Uhr.
Kagen i. W.	Samstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, „Zum Marfaner“.
Hamburg.	Donnerstag, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Karlruhe.	Samstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, „Kofalobahn“.
Kiel.	Dienstag, den 16. September, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Altn.	Samstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, „Volksbaus“.
Konstanz.	Samstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, „Koffhäuser“.
Wilmelm (Ruhr).	Samstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, „Tischwall 6“.
München.	Samstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, „Kampfgarten“.
Cber-Neutirch.	Freitag, den 19. September, abends 8 Uhr, „Vertholds Restaurant“.
Hofrod.	Sonabend, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, „Philharmonie“.
Stuttgart (Geschlechterbrunde).	Samstag, den 20. September, abends 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
Reiz.	Samstag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Kämpfe.

Das Mitglied Wilhelm Degwer, Buchnummer 14472, möge sich umgehend beim Kassierer G. Hänide, Halle-Z., Raudsberger Straße 66, G., melden.

Dieser Auflage liegt ein Prospekt bei über: „Hilffens Weltgeschichte“, dessen Beachtung wir unseren Lesern empfehlen.

ANZEIGEN

Tüchtige Sattler auf Militäreffekten.
sucht zum sofortigen Austritt
Moriz Stecher, Militäreffektenfabrik, Freiberg i. Sa.

Für jetzt oder später suche ich in bauernde und angenehme Stellung einen
Täschner
welcher selbständig Maschine töret und mit allen einschlägigen Arbeiten vertraut ist.
Richard Hänel,
Koffer- und Taschenfabrik,
Dresden, Pillnitzer Straße 5.


G. Brucklacher
Werkzeug-Fabrik
Berlin S., Oranienstrasse 43
Spec.-Katalog No. 17 gratis und franko.